

Anlage

zur Niederschrift
über die Sitzung des
Rates der Stadt Bottrop
am 30.04.2024

Reden zum Haushalt 2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

lieber Bernd,

Sehr geehrte Damen und Herren,

eins vorweg: kein Ratsmitglied meiner Fraktion ist 2020 bei der Kommunalwahl angetreten, um den Menschen in unserer Stadt zu erklären, dass wir Leistungen und Standards absenken müssen. Wir sind angetreten, um diese Stadt zukunftssicher zu machen und zu gestalten. Wir sind in aller erster Linie Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, wir leben hier und sehen die Problemlagen und Entwicklungen.

Wir haben in den letzten Jahren konsequent und mit Unterstützung des Landes ausgeglichene Haushalte vorgelegt, und in die Zukunft unserer Stadt investiert. Das in diesem ein negatives Jahresergebnis vorliegt und wir gezwungen sind, wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufzulegen, ist eine dramatische Entwicklung.

Ich will meine Redezeit heute nutzen, um die Gründe für die Zustimmung meiner Fraktion zu diesem Haushaltsplan zu erläutern.

1. Der vorliegende Entwurf folgt einer Logik, die nicht schön, aber richtig ist:

Wir weisen auf uns übertragende Landesaufgaben ohne Refinanzierung konsequent zurück. Sowohl Bund als auch Land, egal unter welcher Regierung, haben in den letzten Jahren die Kommunen immer wieder als Sparschwein, als ständig verfügbarer Dispo-Kredit missbraucht.

Wir treffen heute deshalb Entscheidungen, die sich an dem Grundsatz der Konnexität orientieren. Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen. Der Bund hat der Landesregierung wiederholt Angebote gemacht, um die Kommunen zu entschulden. Was schlägt die Landesregierung vor? Einen gemeinsamen Schuldentopf aller Kommunen, der dann über Kürzungen in der Finanzierung der Kommunen getilgt werden soll. Per Vorab-Abzug werden die Kommunen noch weiter in die Enge gedrängt, um dann selber für Schulden aufzukommen, für die sie nicht verantwortlich sind.

Wie ernst es Hendrick Wüst und Mona Neubaur mit der Entschuldung der Kommunen meinen, können Sie alle in dieser Vorlage lesen: Der Kämmerer darf eine mögliche Entschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung nicht einmal abbilden. Trotz Ankündigung der Landesregierung! Die

Bezirksregierung untersagt dieses Vorgehen, anscheinend glaubt sie selber nicht dran.

Meine Damen und Herren, das ist eine Frechheit sondergleichen. Wir hier vor Ort versuchen mit Hand und Herz alle Krisen der letzten Jahre zu bewältigen, und diese Landesregierung weigert sich schlicht und ergreifend, ihrer Arbeit nachzukommen.

„Die auskömmliche Finanzierung der Kommunen ist Sache der Länder.“ So will es die Landesverfassung. Ich könnte verstehen, dass das Land einer besonders ausgabenfreudigen Kommune diese Finanzierung nicht gewährt. Von Überfluss und Verschwendung kann aber in dieser Stadt keine Rede sein, dass wissen Sie ganz genau.

2. Wir sparen im Backoffice, wir erhalten Leistungen, wenn auch im verringerten Umfang

Die Stadtverwaltung hat in ihrem Vorschlag hauptsächlich Einsparungen innerhalb der Verwaltung vorgesehen. Es fallen kaum Aufgaben gänzlich weg, aber die Kosten und auch das Leistungsportfolio der Stadt Bottrop werden reduziert. So funktioniert Sparen, auch wenn es uns nicht immer gefällt.

Dabei war es der SPD-Fraktion wichtig, dass diese Maßnahmen nicht direkte Auswirkungen auf die Menschen in dieser Stadt haben. Wir sparen bei der Koordination der Schulsozialarbeit, aber erhalten sämtliche Stellen in den Schulen. Wir schichten innerhalb des Bürgerbüros und der Ausländerbehörde um, um zu optimieren. Wir sparen über den gesamten Backoffice-Bereich im Sozialamt, und können dennoch zeitnah alle Aufgaben erfüllen.

Und wir sprechen zu wenig über die Bereiche, die nicht angetastet werden. Der gesamte Kita-Bereich mit weit über 20 Alltagshelfern ist ausgenommen. Wir gehen nicht an die Bibliothek, wir gehen nicht an die Sportangebote, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben wir sogar mehr Geld zur Verfügung als vorher. Ich könnte jetzt hier noch weiter ausführen, aber der Punkt ist sicherlich deutlich geworden.

Wir verschlanken unsere Strukturen. Das wird nicht ohne Probleme von statten gehen, aber dafür beraten wir auch jährlich das HSK. Hier haben wir als Politik ein Steuerungsinstrument, um Maßnahmen bewerten und wenn nötig auch revidieren zu können. Das HSK ist dabei nicht in Stein gemeißelt. Vielmehr müssen wir es regelmäßig einer Kontrolle unterziehen und die Auswirkungen der Maßnahmen

bewerten. Das ist unsere Aufgabe als Politik, und wir werden dieser Aufgabe auch nachkommen!

3. Wir erhalten unsere Handlungsfähigkeit und übernehmen die Verantwortung

Ohne HSK haben wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt. Ohne genehmigungsfähigen Haushalt werden wir unter Aufsicht gestellt. Die Bezirksregierung übernimmt dann die Steuerung unserer Kommune. Da hilft auch keine Klage, auch wenn der ein oder andere in diesem Saal sich dieser Illusion hingibt.

Wir übernehmen die Verantwortung für die Zukunft dieser Kommune. Das machen wir übrigens seit vielen Jahren, und werden dafür bei den Wahlen bestätigt.

Ich billige jedem hier im Saal zu, dass er ein ernsthaftes Interesse daran hat, diese Stadt voranzubringen.

Manchmal zeigen Sie das aber auch auf eine etwas seltsame Art und Weise. Während eine große Mehrheit hier im Rat sinnvolle und berechtigte Änderungsanträge stellt, wiederholt der Linke Rand konsequent Haushaltsvorschläge im Millionenbereich. Sie wissen, dass wir das nicht

finanzieren können. Sie wissen auch, dass die Mehrheit ihrer Vorschläge überhaupt nicht umsetzbar ist. Das interessiert sie aber nicht. Sie ziehen ihre Show durch, greifen Mitglieder des Rates und der Verwaltung persönlich an und überhäufen sie mit Vorwürfen. Das ist ihre Taktik, wir kennen sie und wir halten sie aus.

Nur der Erfolg, der bleibt aus. Sowohl auf Bundesebene wie auch in Bottrop.

Meine Damen und Herren,

Verantwortung ist dabei das entscheidende Stichwort für die Zustimmung meiner Fraktion zum Haushalt und zum HSK. Viele Maßnahmen sind dabei hart, aber sie sind notwendig, um unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten. Eine Haushaltssanierung macht niemandem hier Freude, aber jede und jeder hat heute die Wahl:

Sie können hier heute Partikularinteressen der eigenen Partei verfolgen.

Sie können die Augen vor der Realität verschließen und auf Besserung hoffen.

Sie können heute dieselben Vorschläge wie in jedem Haushaltsjahr unterbreiten, vollkommen irre

Millionensummen in den Raum werfen und sich so aus dem Diskurs verabschieden.

Oder sie greifen zum Äußersten und springen über ihren Schatten und machen das Richtige:

Sie stimmen diesem Haushalt zu, um die Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu erhalten, so schwer es auch fällt!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe jetzt nicht nachgezählt, die wievielte Haushaltsrede ich hier halten darf oder muss. Es ist auch eigentlich vollkommen egal. Jedenfalls habe ich - wie bisher immer – mir große Mühe bei der Vorbereitung gegeben, wie sicherlich jeder andere auch, der hier redet. Ich habe auch den Grundsatz beachtet, der da lautet: „Entschuldige bitte den langen Brief, für einen kurzen hatte ich keine Zeit“. Nein, ich habe mir Zeit genommen und habe das, was ich Ihnen, was ich uns hier allen sagen wollte und will, mehrfach zusammengekürzt und gemacht und getan. Gleichwohl bin ich, zumindest nach meiner Auffassung, nicht drum herumgekommen, einige Daten und Fakten und Zahlen zusammenzustellen. Das habe ich getan und habe dann - ebenfalls auch wie immer – zur Absicherung das meiner Frau vorgetragen. Und die hat gesagt: „Das versteht kein Mensch. Die Fakten sind alle richtig, aber es hört dir auch keiner zu.“. Dann habe ich das nochmal gelesen und muss zugeben, sie hat recht. Um insgesamt das verstehen zu können, wenn man das mal nachlesen will und kann, wäre das, was ich Ihnen alles

vortragen wollte, sicherlich sinnvoll gewesen. Auf den bisherigen Skripten meiner Haushaltsreden stand immer ‚Es gilt das gesprochene Wort‘. Und wenn ich das alles sprechen würde, was ich hier liegen habe - oha - abgesehen davon, dass ich dann mit 20 Minuten wahrscheinlich auch gar nicht ausgekommen wäre.

Aber, es ist richtig, wir entscheiden hier über ganz wesentliche Fakten und wir entscheiden insbesondere über das Haushaltssicherungskonzept, was die Verwaltung sozusagen sich selbst durch die Vorlage des Haushalts 2024 ‚eingebrockt‘ hat – jedenfalls ist es notwendig geworden. Also hat die Verwaltung gesagt: „Hier habt Ihr den Haushalt. Aber das reicht nicht. Wir müssen noch ein Haushaltssicherungskonzept machen.“. Und dann hat der Herr Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer die Verwaltung zusammengetrommelt und hat versucht, ihnen schmackhaft zu machen, dass sie jetzt ein Haushaltssicherungskonzept machen müssen. Gerüchten zufolge sei da eine riesige Begeisterung ausgebrochen, Jubelszenen sollen sich abgespielt haben und alle sind in ihre Ämter gegangen und haben dann geguckt, wie sie denn die Bottroper Bevölkerung - zumindest nach Ansicht des ein oder anderen Mitglied des Rates hier – quälen

können. Das ist gerüchteweise, weil ja, Herr Oberbürgermeister, von dem, was Sie da gemacht haben, was Sie angerichtet haben, nichts nach draußen gekommen ist. Weder die politischen Parteien noch die Damen und Herren der Bevölkerung haben jeweils irgendetwas erfahren, was Sie denn da innerhalb der Verwaltung zusammenstellen.

Und dann haben wir das Paket bekommen.

Und siehe da, es waren unglaublich viele Ergebnisse, die dort letztendlich aufgelistet worden sind. Das Endziel hat der Kämmerer erreicht, weil - ich bin ja gewohnt, hin und wieder ein paar Gutachten zu lesen, wenn man hinten aufschlägt und sagt, hei stimmt - stimmte. Also, insofern konnte man wieder zurückblättern auf Anfang und gucken, was ist denn da eigentlich los?

Und dann ging das los, also im wahrsten Sinne des Wortes los, nicht nur bei mir. Ich unterstelle auch dem ein oder anderen Mitglied dieses Hauses, dass beim ersten Durchlesen und vielleicht auch beim zweiten nicht jeder wusste, was Optimierung heißt. Haben wir aber herausgekriegt: Streichung, Kürzung, Wegfall. Okay.

Die Einsparung im Personalbereich war ja im Grunde genommen auch nichts anderes als eine

jahresmäßige Auflistung des Ausscheidens des einzelnen Mitarbeiters dieser Stadtverwaltung.

Haben wir auch verstanden.

Wir haben auch akzeptiert, dass natürlich die Verwaltung uns wahrscheinlich als Mitglieder des Rates und auch die Bevölkerung nicht in eine so lange Durstphase und in ein ständiges Diskutieren und Sorge haben hat hineinbringen lassen wollen, sondern sie hat uns erst das Ergebnis geliefert und dann gesagt, jetzt hier, nach dem Motto „friss oder stirb“.

Das ein oder andere haben wir zwar nicht gefressen, aber geschluckt. Gestorben sind wir auch nicht.

Wir haben geguckt: Was ist denn da letztendlich im Haushaltssicherungskonzept vorhanden? Und haben festgestellt, das ist schon eine Bibel von Schmerzhaftigkeiten. Niemand in diesem Hause wird behaupten können, dass ihm das gefällt, dass es ihm gefallen hat oder immer noch gefällt.

Dann geht es natürlich los mit den unterschiedlichen Auffassungen, wie wir denn dazu stehen. Mein Vorredner hat das schon gesagt.

Wir als CDU-Fraktion haben uns bisher in die Verantwortung nehmen lassen. Wir tun das auch in Zukunft.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass das Wichtigste ist, dass wir unsere Handlungsfähigkeit in Bottrop behalten, dass wir hier selbst entscheiden können, was passiert und was nicht passiert. Dass der Handlungsspielraum ein ausgesprochen kleiner ist, ist vollkommen klar. Die Versuchung zu sagen „Hei, wir sind gegen den Haushalt, wir sind gegen das Haushaltssicherungskonzept“ war zumindest auch ganz kurz in unserer Fraktion aufgeflammt, weil, wir hätten uns das alles sparen können, die Beschimpfungen der anderen Parteien, die hier sind, die Besserwisserei und den unberechtigten Vorwurf, die CDU würde ja den ganzen Haushalt kaputtsparen bzw. würde gerade in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und jeder einzelne Bereich, der da aufgeführt ist, da würden wir mit der Sense durchgehen und wir hätten das alles zu verantworten.

Wer so planlos und wer so undifferenziert andere in ihren politischen Entscheidungen diffamiert, muss selbst wissen, ob das richtig ist. Jedenfalls werden das auch die Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob das alles so richtig ist. Aber mit Verantwortungsbewusstsein hat das nichts zu tun. Es gab einen kurzen Moment, in dem wir als CDU-Fraktion gesagt haben: „Ei, das können wir doch auch machen, da ersparen wir uns all diese

Vorwürfe. Da müssen wir uns doch gar nicht gegen wehren. Dann ist das erledigt. Dann soll doch der Sparkommissar kommen. Warum eigentlich nicht? Wenn der ein paar Jahre hier arbeitet...“.

Hallo, liebe Leute, da wird unser Haushalt viel schneller saniert werden als das, was wir jetzt wahrscheinlich entsprechend entscheiden werden.

Wir haben es uns als CDU-Fraktion nicht leichtgemacht, dem Haushalt zuzustimmen. Ich unterstelle auch mal, zu allen Gunsten, auch die anderen werden es sich nicht leichtgemacht haben. Aber wir sind der Auffassung, wir müssen daran mitarbeiten, daran mitwirken, dass wir hier handeln können, wie wir das für richtig halten.

Uns haben viele Bereiche nicht gefallen, in denen Kürzungen vorgenommen werden, bspw. der Ferienzirkus. Das kann doch nicht sein, dass da eine solche herausragende Arbeit, die ein

Alleinstellungsmerkmal hat, dass die wegfallen soll. Der Kompromiss, der gefunden wurde, ist, dass das 2024 stattfindet, 2025 möglicherweise mit einem gemeinsam zu entwickelnden, zu schaffenden Förderverein ... Der ein oder andere bei uns hat gesagt, „Das ist ja vielleicht eine Zukunftsoption.“.

Aber wir müssen sie ergreifen. Wir müssen gucken, ob es nicht geht.

Und wie richtig ist es auch, dass wir das Haushaltssicherungskonzept jedes Jahr noch einmal durchgucken. Vielleicht finden wir ja Möglichkeiten, das zu ändern, das anders hinzukriegen. Das ist alles prima.

Aber jeder in seinem Bereich sagt natürlich: „Nee, das können wir bei uns nicht sparen.“. Der meint ja, um das Ziel zu erreichen, einen zumindest in 10 Jahren ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, soll doch der andere sparen. Dieser Aufruf, liebe Leute, wir müssen den Gürtel enger schnallen, darf ja nicht zur Aufforderung verleiten, immer an dem Gürtel des anderen herumzufummeln. Ein Loch kürzer bei dem anderen erspart mir das Engerschnallen. So funktioniert es jedenfalls nicht. Wir haben, das bestreiten ja immer noch einige, eigentlich ganz gute Erfahrungen gemacht mit einem Haushaltssicherungskonzept, mit einer auf lange Zeit ausgerichteten Einsparung. Das haben wir 10 Jahre lang durchgestanden, eigentlich ganz gut, wie wir jedenfalls finden, auch wenn der ein oder andere das immer noch bestreitet.

Warum sollen wir das nicht wieder angehen können?
Warum sollen wir das nicht wieder schaffen?

Ich finde, dass wir ein bisschen mehr Vertrauen und Optimismus, auch in die Kreativität der Mitglieder

dieses Hauses, auch von draußen, haben müssen. Das ist etwas, wo wir letztlich dran arbeiten wollen.

Deshalb sind wir als CDU-Fraktion für den Haushalt 2024 und auch für das Haushaltssicherungskonzept, was darin sein Ziel sieht, in 2034 einen ausgeglichenen Haushalt zu finden.

Wir sind nicht nur, damit das nicht von dem ein oder anderen als zusätzliches Argument gebracht wird, alles andere, was kommen wird, kennen wir ja schon, insofern würden wir da sehr überrascht sein, das nicht noch mal zu hören, was wir das Vergnügen hatten, schon lesen zu können. Aber wir glauben schon, dass das funktioniert, auch wenn der Kämmerer, ich würde es wahrscheinlich auch so machen, die Einsparungsmöglichkeiten bei der Optimierung und Einsetzung der Digitalisierung ... passt am Ende, ne? Also dass das dann ein bisschen passend gemacht wird, ist ja nachvollziehbar. Ich will nur mitteilen, Herr Kämmerer, wir haben das auch so gesehen. Aber wenn es denn hilft, das Haushaltssicherungskonzept genehmigt zu kriegen, werden wir das nicht weitersagen. Insofern klappt das ganz gut.

Wir sollten uns mal ein bisschen an die eigene Nase packen und sagen, Ärmel hochkrempeln, arbeiten. Verantwortung übernehmen sollte unser Ziel sein, und das in Eigenverantwortlichkeit.

Auch da hat mein Vorredner schon drauf hingewiesen, wir hätten die Schulsozialarbeit niemals durchbekommen, wenn wir nicht das selbst entscheiden.

Und alle, die grundsätzlich für sich entscheiden, wir stimmen dagegen, wir haben unsere Forderungen und die werden nicht erfüllt, müssen sich fragen lassen: „Was macht ihr denn, wenn diese Sachen auch nicht durchgehen?“.

Man kann das natürlich prima machen, wenn man die Gewissheit hat, die beiden großen Parteien richten das schon. Und dann können wir gucken, dass wir unser Klientel bedienen: Wir schimpfen, wir fordern und wenn Ihr anderen das alles nicht wollt, dann seid Ihr selbst schuld, wenn wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das meine ich ernsthaft:

Ich fordere Sie auf, animiere Sie, bitte darum, zeigen auch Sie Verantwortung, stimmen Sie dem Haushalt

zu und sagen: „Jawoll, wir werden daran arbeiten, ihn Jahr für Jahr besser zu machen.“.

Das sollte unser Ziel sein.

Vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

Hilfe, hat jemand gerufen. Hiiilfe! Und einen Appell an uns Ratsvertreter*innen geschrieben, und zwar das Bottroper FrauenForum. Hilfe, haben die gerufen. Die haben ganz genau geguckt, wen tatsächlich die Kürzung, gerade im Sozial-, Jugend- und Kinderbereich am meisten trifft. Es sind nämlich die Frauen, sogar die allein erziehenden Frauen, es sind die Kinder und besonders die Mädchen.

Stopp, hat der Personalrat gerufen. Stopp, nicht diese Kürzungen, hat er gerufen. Das ist auch in den Anhängen zu diesem Haushaltskonzept enthalten. Und jetzt müssen wir damit umgehen, mit dem Hilferuf und mit der Aufforderung „stopp, bitte nicht kürzen, nicht so“.

Und nein, keiner hat sich das einfach gemacht. Und nein, keiner will pauschal sagen, Sie hier vorne haben den schwarzen Peter, sie haben den roten Peter und wir sind die guten Grünen, die alles richtigmachen. Nein! Aber wir haben den Hilferuf

des FrauenForums gehört und haben genau über diese Kürzung tatsächlich nochmal drüber geguckt. Wir haben uns auch die Stellungnahme des Personalrates genau angeguckt. Und das heißt nicht, dass wegen Fachkräftemangel, meine Damen und Herren, wir nicht sowieso Stellen vielleicht auf Dauer nicht mehr wiederbesetzen können. Es ist vielleicht auch gut, wenn die Digitalisierung in unserer Stadt professionalisiert wird und wir unsere Stellen noch optimieren. Aber hier gibt's einen Appell, ich nenne das Hilferuf, und hier gibt's eine Aufforderung zu sagen, stopp!

Wir haben uns deshalb auch das HSK, aber auch den Haushalt von Ende des letzten Jahres genau angeguckt, meine Damen und Herren.

Wir sind anders als die SPD und die CDU. Ich gebe das zu. Wir übernehmen auf unsere Art Verantwortung und gucken ganz genau auf die einzelnen Sparmaßnahmen und auf die einzelnen Ansätze im Haushalt.

Wir sind uns einig, dass wir seit 2020 in einem Krisenmodus nach dem anderen sind: Pandemie, russischer Angriffskrieg, Nahost-Konflikt. Ich möchte fast sagen, wir können es ja fast schon alle nicht mehr hören, fast schon nicht mehr ertragen. Und

dann kommen wir noch, die Vernünftigen, und sagen, wir haben auch noch eine Klimakrise, einen Klimakrieg, den wir nicht vergessen dürfen. Ich werde keinem draußen vorwerfen, dass er das auch nicht mehr hören kann.

Weil, ich muss ja in mein Portemonnaie gucken, Sie alle, und viele Menschen, denen es viel schlechter geht, müssen in ihr Portemonnaie gucken und müssen überlegen, was muss ich denn tun, wovon kann ich leben, was soll ich bezahlen? Diese Leute haben vielleicht einen anderen Fokus auf die Probleme, auf Alltagsprobleme, gerade nach Inflation und Teuerungsrate. Aber, meine Damen und Herren, wir hier im Stadtparlament, wir müssen darauf achten, uns gehört diese Aufgabe, die Klimakrise nicht aus den Augen zu verlieren.

Wenn ich mir jetzt den Haushalt angucke, und nicht nur diesen Haushalt, sehe ich da tatsächlich ein Strukturproblem. Ja, kann man so sagen, Ein- und Ausgaben, aber auch ein strukturelles Problem, das da tatsächlich heißt, wir nehmen Klima- und Umweltschutzkrise nicht so ernst, wie es sich gehört. Wir können nur abmildern. Die Welt können wir hier nicht retten. Abmildern, mit unserer Verantwortung vor Ort, das können wir aber schon.

Wir haben hier kein konsequentes Engagement im Bottroper Stadtrat. Wir haben keinen Fahrplan für alle Sektoren, die wir tatsächlich abarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine aktuelle Prioritätensetzung, die wir im Haushalt nicht sehen.

Sie, meine Damen und Herren, und besonders Sie, Herr Oberbürgermeister, legen sich ein Label einfach so um die Schultern. Ein Label, das Innovation City heißt. Es ist wie so ein Tarnumhang, und drücken sich fast vor vielen Aufgaben, die außerhalb dieses Tarnumhangs sind. Wir kriegen ganz viele Anrufe, wir Grünen: „Boah, was macht Ihr alles richtig!“ und tun uns immer schwer zu sagen, ja, es gibt sehr viel Richtiges, da sind wir richtig stolz drauf. Aber es gibt auch tatsächlich Segmente, die einfach außen vor bleiben. Die werden überhaupt nicht gemacht.

Und dass ich jetzt mit dem Verkehrssegment komme, wundert wahrscheinlich auch keinen. Ich könnte jetzt sagen, die A42-Brückensperrung, ja, da hatten wir mit zu tun. Aber es ist die SPD und die CDU, die seit vielen, vielen, seit 50 oder 60 Jahren, eine Autopolitik machen, die wir hier jetzt gerade bezahlen müssen. Das kommt nicht von ungefähr. Wir brauchen eine Richtungsänderung im Haushalt. Die sehen wir nicht. Die sehen wir in diesem

Haushalt nicht. Die haben wir auch im letzten Haushalt nicht gesehen.

Wir halten uns ja gerne mal an einzelnen Maßnahmen fest und sagen „Jetzt aber“. Aber wenn wir ehrlich sind und uns das mal über die letzten Jahre angucken, ist die große Richtungsänderung nicht zu sehen. Eigentlich müssten wir unsere Stadt mal nehmen und den großen Wurf fordern, die Stadt auf den Kopf stellen, Menschen und Politiker aufrütteln und Bottrop ganz neu erfinden. Ich weiß, dass keiner es von SPD und besonders nicht CDU bis in den Bezirk hinein mehr hören kann.

Aber wir können ja einmal kurz das böse Wort mit K nennen, nämlich Kreisverkehr. Das ist so eine kleine Maßnahme, meine Damen und Herren, jetzt könnte man sagen: „Ja davon kann man diesen Haushalt nicht retten.“. Aber, er steht ja für ein ganz bestimmtes Denken. Er steht für das Denken, dass zwei, drei Bezirksvertreter, eben von SPD und CDU, machen können, was sie wollen. Dass die auch Geld in die Hand nehmen können, obwohl die Verwaltung tatsächlich sehr klein und schön dargelegt hat, dass das nicht sinnvoll ist, überhaupt nicht sinnvoll. Ich will auch nicht hören, „Oh, das sind Lärmschutzmaßnahmen“. Nein! Die erste Stellungnahme war ganz klar: Braucht kein Mensch,

meine Damen und Herren. Und dann kommt einer, wie mit so einem Schüppchen: „Ich will das aber! Ich will das trotzdem haben.“ – Und jetzt kriegen wir den.

Hätte uns das den Haushalt gerettet? Nein! Aber es wäre doch ein Zeichen geworden, dass Verkehrspolitik, Stadtentwicklungspolitik anders laufen muss! Einfach durchgeboxt.

So ist auch Demokratie. Wir halten das aus. Es gab eine Mehrheit dafür. Richtig wird es durch eine Mehrheit dafür aber trotzdem nicht.

Auch die Fahrradstraße, die ja da bald gebaut wird. Also der Kreisverkehr hat dieser Fahrradstraße einen Bärendienst erwiesen. Kaputt gemacht. Für sehr viel Geld.

Bezüglich der jetzt schon schmerzhaft spürbaren Folgen der Klimakrise, meine Damen und Herren, ist der sorgsame Umgang mit der Fläche der Schlüssel. Und darum sind wir auch gegen viele einzelne Maßnahmen, wenn es heißt, wir wollen Wohnbebauung machen. Wir haben da eine andere Art von Wohnbebauung im Kopf, der die Fläche tatsächlich schützt. Innerhalb der bebauten Fläche, meine Damen und Herren, und den Wohngebieten und der Innenstadt haben wir uns deshalb sehr

schnell und sehr früh mit dem Thema Wasser beschäftigt. Wasserzufluss, Versickerungsflächen, natürliche Beschattung und, und, und. Wir wissen alle, dass das die Klimaresilienz unserer Stadt erhöht und die Lebensqualität für unsere Einwohner*innen. Unser Antrag, den es gab im letzten Jahr dazu zur Schwammstadt, nahm sich der Ereignisse ja auch ausdrücklich an. Aber, gegen die Stimmen der SPD und der CDU, wurde er abgelehnt. Auch mit Ihrer Hilfe, Herr Müller, muss ich leider kritisch sagen. Denn Sie sagten, das machen wir schon alles. Also nachweislich, muss ich ehrlich sagen, ist es jedem fast offenkundig, das ist nicht der Fall. Darüber reden wir nochmal. Weil, das ist wirklich ein Punkt, der uns als Grüne sehr, sehr gefuchst hat, dass Sie tatsächlich der SPD das Wort reden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen in Ihrer Mehrheit unsere Innenstadt immer noch vorzugsweise aus dem Blickwinkel des Autofahrers. Darum können Maßnahmen, die Stadtentwicklung/den Ausbau betreffend, von uns in der Regel nicht mitgetragen werden. Wir haben die geforderte Parkraumbewirtschaftung, ich weiß nicht, 14 Jahre?... So'n Bart. Und jetzt sagen Sie wieder „Kommt bald“. Sagen wir, wir könnten Geld

generieren für den Haushalt. Ich habe ja gehört, wie sehr wir uns darum bemühen, die Einnahmesituation zu verbessern. Das ist eine schnelle Maßnahme. Nein! Die Mehrheit sagt einfach nein. Wir wollen nicht mehr Geld, wir wollen das lieber klein halten. Ja, um in anderen Bereichen zu sparen. Jetzt kommt das traurige „Mimimi, oh, der Kinderferienzirkus“. Nee, hätte nicht sein müssen. Ein Euro mehr an einer Stellfläche, einmal bewirtschaften, wo bis jetzt nicht bewirtschaftet wurde. Früher hieß es, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Beim Haushaltssicherungskonzept geht das nämlich sehr gut, finde ich. Da kann man nämlich schön sagen, da wollen wir Einnahmen generieren, eine andere Sparmaßnahme können wir tatsächlich streichen. Das haben Sie leider nicht mitgetragen.

Wir haben Anträge zu Hitzenotfallplänen gestellt und Wasser in die Innenstadt haben wollen. Jetzt habe ich vier so kleine Anträge der SPD im letzten Umweltausschuss gelesen. Ich habe mich sehr gewundert, denn Sie, Herr Müller, haben uns als Grüne geraten: „Machen Sie das jetzt bloß nicht. Ganz schlechter Zeitpunkt. Viel, viel später.“... Aber anscheinend hätten Sie den Tipp der SPD auch geben sollen, dann hätten wir nämlich unsere

Anträge auch schon so früh wieder aus der Schublade geholt.

Meine Damen und Herren, Sie nehmen Kürzungen im Bereich der Kultur vor, Quadrat, Jugend-, Kinderbereich. Sie zerschlagen tatsächlich Strukturen im Schulbereich. Auch wenn man sagt, es ist gar nicht so. Es ist nachweislich tatsächlich so und meine Leute aus dem Schulausschuss, muss ich ehrlich sagen, haben es mir nochmal geschildert. Nein, das tragen wir ausdrücklich nicht mit.

Nach dem Stärkungspakt Stadtfinanzen, vielleicht können Sie sich daran erinnern, da kam so eine ganz kleine, kurze Phase von so etwas wie einem ausgeglichenen Haushalt. Und nachdem, ich habe mich selbst gewundert in der Etatsitzung, hatte ich den Eindruck, dass SPD und CDU, nach dem Motto „Freibier für alle“ oder anders gesagt „Freibier für SPD und CDU“, Anträge gestellt, wo ich dachte, das wäre doch vor zwei oder drei Jahren aus wirtschaftlicher Sicht doch gar nicht durchgekommen. Ist aber. Genau in der kleinen Phase wurden die Anträge gestellt. Ich fand es nachhaltig: 6-, für Generationengerechtigkeit: grausig.

Jetzt schlagen wir als Fraktion vor, unsere Fraktions- und Ratsmandate, unsere Ratsaufwendungen zu kürzen. Verzeihen Sie mir, ich kann das wirklich nicht unerwähnt lassen. Da reicht Ihnen 5 Prozent. Alles über 5 Prozent wäre tatsächlich ein Signal gewesen. Aber nein! Man bleibt bei dieser Summe und, glauben Sie mir, wir sind die Letzten, die demokratische Prozesse unterlaufen wollen. Aber ich glaube, wir haben gelernt, mit Geld umzugehen, Sie in Ihren Ratsfraktionen, genauso wie wir auch als Grüne, und können uns auch da mit Blick auf die Bürger und der Beteiligung wirtschaftlich aufstellen.

Meine Damen und Herren,
der Hilferuf des Bottroper FrauenForums, mit dem habe ich begonnen. Ich habe den Eindruck, er ist verpufft. Er ist verhallt.

Die Ablehnung des Stellenplans und die kritische Haltung des Personalamtes, Sie haben mir geantwortet, Herr Oberbürgermeister, der Verwaltungsvorstand sieht das anders. Ja, kann man anders sehen. Ob das richtig ist, muss ich ehrlicherweise sagen, das glaube ich kaum. Wir werden nämlich tatsächlich die Zeche zahlen. Ich glaube, das ist nicht gut.

Wir hätten gerne, auch das habe ich Sie gefragt, 140 Stellen für Digitalisierung zu streichen, das sagt sich so einfach, wir hätten gerne einen Prozess und tatsächlich auch ein Projekt mit Ihnen, schriftlich, wie das überhaupt vonstattengehen soll. Denn Sie waren vor kurzem genau derjenige, der sagt, in dieser Stadt kann man Personal nicht sparen. Ich glaube, Sie haben sogar die Menschen von der Initiative sozusagen mehr als kritisch beschimpft, dass die Einsparungen im Personalbereich vorgeschlagen haben. Selber kommen Sie beim Haushaltssicherungskonzept tatsächlich mit diesen Maßnahmen um die Ecke.

Und wissen Sie, was mich noch so richtig stört dabei, wenn ich Ihnen das hier schon mal so sagen darf, Herr Oberbürgermeister? Wir haben einen Haushalt, und ich erwarte, dass Sie Sparmaßnahmen auch in diesen schon einpflegen. Ich finde es so unseriös, erst tatsächlich ein Haushaltssicherungskonzept mit diesen mehr als unsäglichen Maßnahmen vorzulegen, wenn sozusagen Not am Mann ist, wenn unser Bottrop quasi unterzugehen droht, und das nicht unterjährig schon mitzunehmen. Ich erinnere gerne, ich weiß nicht, ein paar von Ihnen waren ja 2006 auch schon im Stadtrat, so wie

ich, da gab es so einen Reader. So einen wunderbaren Reader mit Maßnahmen zur Haushaltssicherung und zur Haushaltssanierung. Erläutert, die Maßnahmen, auch welche, die gar nicht beschlossen wurden. Aber da gab es gar keine Tabus. Und ich fand das gar nicht schlecht damals. Dieses Mal gibt es 3, 4 Zettel. Erläuterungen wurden, besonders im Verkehrsausschuss, so nachgereicht. Da muss ich ehrlich sagen, das schreit doch förmlich für uns Politiker danach zu sagen, das ist doch nicht transparent erklärt. Auch für die Bürger*innen überhaupt nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss kommen.
Wir als Grüne übernehmen Verantwortung. Das sind wir uns und unserer Stadt und nicht nur unseren Wähler*innen schuldig. Wir machen das für Bottrop. Wir möchten eine Linie haben und tatsächlich eine grüne Linie in diesem Haushalt und in den zukünftigen Haushalten. Wir lehnen das jetzt auch ab, ausdrücklich ab. Und ich kann Ihnen das auch in Einzelgesprächen, auch den Bürgern, muss ich mich nicht davor schämen, denn es kann nicht sein, dass wir diese Einzelmaßnahmen, ohne zu diskutieren, ohne genau zu wissen, was sich dahinter verbirgt,

einfach abstimmen. 140 Stellen: Das scheint ja einfacher zu sein, als wir uns das jemals vorgestellt haben. Und meine Damen und Herren, das ist ein Haushalt nicht.

Herzlichen Dank!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
liebe Bürger,

denke ich an Bottrop in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht, das ist wohl ein sehr passender Ausspruch, der die finanzielle Lage in Bottrop am besten beschreibt. 2 Jahre nach Ausscheiden aus dem Stärkungspakt, befinden wir uns nun also wieder in einer ähnlichen Situation, nämlich im Haushaltssicherungskonzept. Und hätte es in der Vergangenheit keine Isolierung der Coronakosten sowie die Isolierung der Kosten des Ukrainekriegs gegeben, dann hätte die Stadt bereits in den letzten beiden Jahren rote Zahlen geschrieben.

Auf eigenen Beinen stehen ist was Anderes.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen offenbart, dass wir weniger ein Einnahmen-, als vielmehr ein Ausgabenproblem haben.

Es fehlen zwar auch 1,3 Millionen Euro auf der Habenseite, dies ist jedoch der geringeren Schlüsselzuweisung des Landes von sage und schreibe 14,7 Millionen Euro geschuldet. Ohne diesen finanziellen Kahlschlag, würden wir bei den Einkünften gar nicht mal so schlecht dastehen. Aber

Hauptsache Ministerin Scharrenbach von der CDU propagiert auf der Homepage des Landes NRW: „Gemeindefinanzierung 2024 stärkt kommunale Haushaltssituation.“

Ja danke Schwarz-Grün für Nichts, sage ich dazu.

Nun zu den Ausgaben. Diese sind um sage und schreibe 58,9 Mio. Euro gestiegen, was selbst ein stetig gesunder Haushalt nicht so einfach wegstecken könnte. Die Gründe dafür sind vielfältig. Während es allerdings natürlich unstrittig ist, dass der Ukrainekrieg sicherlich für enorme Kosten sorgt, ist er mitnichten so wie immer kommuniziert wird der Hauptgrund für die steigenden Kosten und die hohe Inflation. Die Inflation begann nämlich schon direkt zu Beginn 2022, knapp 2 Monate vor dem Russischen Angriff auf die Ukraine. Hauptgründe hier, die Folgen der völlig überstürzten und undurchdachten Energiewende, sowie die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Und diese Inflation, sorgte für einen überdurchschnittlichen Tarifabschluss, plus der Auszahlung von Inflationsausgleichsprämien, was die Stadt 15,8 Mio. Euro gekostet hat. Damit wir uns nicht falsch verstehen, die seit vielen Jahren miserable Reallohnentwicklung in Deutschland rechtfertigt diese Abschlüsse und

Zahlungen ausdrücklich. Dennoch ist dieses Problem hausgemacht.

Des Weiteren sorgt die Inflation auch für höhere Betriebskostenzuschüsse für Kitas, was auch mal eben 2,8 Mio. Euro mehr ausmacht.

Weiter geht's mit einer Steigerung um 7 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr für den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften und 1,1 Millionen Euro mehr für Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Eine Anfrage von uns vom 08. Februar dieses Jahres, die für ein wenig Klarheit über die Zahl von Geduldeten und auch über kriminelle Leistungsbezieher in Bottrop sorgen sollte, ist bislang leider noch nicht beantwortet worden. Bei diesem Personenkreis, sehen wir nämlich deutlichen Handlungsspielraum, der diese Kosten wieder senken kann.

Wie sagte Björn Höcke noch in der Spiegelausgabe vom 21.10.2023? „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“

Ach, Moment, mein Fehler. War er ja gar nicht, das war ja unser Bundeskanzler Olaf Scholz der das gesagt hat. Aber wahrscheinlich wird er sich daran ja auch schon nicht mehr erinnern können.

Kommen wir nun zu den Haushaltsberatungen und dem Haushaltssicherungskonzept. Fälschlicherweise wird der AfD hier ja immer gerne die Populistenrolle zugeschrieben.

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen, konnte man allerdings mal wieder überhaupt nichts davon erkennen. Neben unserer realistischen Forderung die Fraktionszuwendungen um 10% statt nur um 5% zu senken, kam es von den anderen kleinen Parteien ja förmlich zu einem Überbietungswettbewerb. FDP mindestens 30%, eher 40%. Grüne, ÖDP und DKP gar 50%. Meine Damen und Herren, das war doch klar, dass das mit SPD und CDU nicht zu machen ist. Und übrigens auch nicht mit den angeblich antikapitalistischen Linken, die ja im letzten Haushalt bigotterweise bereits FÜR eine satte Erhöhung gestimmt hatte.

Irritiert hat mich auch, dass wenn allen bekannt ist, dass wir 60 Millionen Euro einsparen müssen, DKP und Linke noch mit Anträgen kommen, die insgesamt nochmal weit über 20 Millionen Euro zusätzlich kosten. Aber wir sind ja die Populisten, nicht wahr?

Aber natürlich gab es auch Punkte, bei denen wir so nicht mitgehen konnten. Wie beispielsweise die am Ende ja auch abgelehnte Kürzung der Zuwendungen an die Bezirksvertretungen. Ich sagte es bereits bei

den Haushaltsberatungen: Wir als Stadt beklagen uns über die mangelnde Unterstützung von Bund und Land und wollen dann denselben Fehler machen und den Bezirksvertretungen ihren eh schon sehr eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum nehmen? Das hätte nicht zusammengepasst.

Ein Riesenfehler ist es allerdings 2 Stellen beim kommunalen Ordnungsdienst zu streichen. Die Innenstadt ist ein Angstraum, die Übergriffe häufen sich, die Kriminalitätsrate geht durch die Decke und wir ziehen noch die Leute ab, die in diesem Bereich nach dem Rechten sehen. Das liebe SPD müssen sie bei Ihrer „Wir müssen über Sicherheit reden“ Veranstaltung am 2. Mai mal den Wählern erklären.

Weiter geht's. - Die für die Kfz-Zulassungsstelle zusätzlich vorgesehene Stelle soll nun doch nicht besetzt werden, obwohl die WAZ im September noch titelte: „Straßenverkehrsamt in Bottrop: Bürger müssen lange warten.“ Aber Autofahrer haben es hier ja eh nicht leicht, denn die Parkgebühren werden auch erhöht. Die Grünen forderten sogar nochmal das Doppelte von dem, was die Verwaltung vorgeschlagen hatte. Als die FDP und ich es im Hauptausschuss wagten dies in Bezug auf die Innenstadt zu kritisieren, wäre uns Herr Köllner von den Grünen am liebsten mit dem nackten Hintern ins Gesicht gesprungen.

Übrigens gilt die Erhöhung natürlich auch für Dauerparker, sprich die Leute, die wohlmöglich in der Innenstadt ihre Arbeitsstelle aufsuchen um die Stadt, den Staat und die gesamte Gesellschaft am Leben zu erhalten.

Wenn diese dann auch noch Kinder haben, werden sie zusätzlich noch mit 3% höheren Kindergartenbeiträgen belohnt. Und das, wo wir da landesweit eh schon Spitzenreiter sind.

Mein persönliches Highlight der Haushaltsberatung war aber der Punkt, wo es darum ging den Bau der Sporthalle Kirchhellen zu verschieben. Da wagte ich es doch mich als Erstes zu melden um der geplanten Verschiebung zu widersprechen. Im Gegensatz zum vorherigen Tenor, dass auch für viele weitere Parteien eine Verschiebung nicht in Frage käme, sprachen sich bei der Abstimmung plötzlich alle FÜR die Verschiebung aus.

Direkt danach allerdings – eigentlich war der Posten damit ja schon abgearbeitet, forderte Frau Swoboda von den Grünen die Abstimmung noch einmal zu wiederholen und da schnellten plötzlich noch weitere 6 Arme in den Himmel. Sagen Sie mal, ist Ihnen das nicht langsam zu kindisch und zu peinlich? Ebenso wie in der letzten Ratssitzung, wo Sie gegen

die Pflanzung von Bäumen waren, weil WIR diese beantragt hatten. Wir haben doch einen Eid geleistet, „zum Wohle der Bottroper Bürger“. Was Sie da veranstalten, ist aber weder im Sinne der Bürger unserer Stadt, noch demokratisch.

Ein weiteres Beispiel, wie schädigend ideologisches Verhalten sein kann, ist das Verhalten des Fördervereins der Musikschule, der laut WAZ Artikel vom 22.03.2024 alle Ratsparteien angeschrieben hat, um für den Erhalt des sogenannten „JeKits“ Programm „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ zu werben. Auf dieses Anschreiben, warten WIR bis heute. Und trotzdem haben wir uns auch FÜR den Erhalt ausgesprochen.

Etwa 900 Grundschulkinder erlernen aktuell über dieses Programm ein Musikinstrument. Das halten wir für sehr wichtig. Daher schauen wir über die Ignoranz des Fördervereins hinweg, weil es uns schließlich um die Kinder geht. Kinder sollten niemals Opfer von Eitelkeiten Erwachsener sein. Sie sehen, weniger Ideologie tut gut.

Anders, bzw. besser, hat es das FrauenForum Bottrop beispielsweise gemacht, dessen Positionspapier uns über die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bottrop erreicht hat.

Und auch wenn dieselben Scharlatane, die uns

immer wieder unterstellen rechtsextrem oder rechtsradikal zu sein, oder Populisten wie Anfangs bereits gehört, wenn diese uns ebenfalls unterstellen Frauenfeindlich zu sein, denen kann ich sagen, wir stimmen den Ausführungen, des FrauenForums größtenteils zu. 2-mal vollumfänglich, 3-mal in Teilen und nur ein einziges Mal so gar nicht.

Was ist sonst noch so im vergangenen Jahr in Bottrop passiert?:

Eine unserer Anfragen offenbarte, dass die Stadt bei der Vergabe von Aufträgen an Sicherheitsdienste zu 100% nach Preis und zu 0% nach Qualität geht. Die Folgen hat die Stadt jetzt auszubaden, nachdem sich eine viel beauftragte Firma als zwielichtig herausgestellt hat und ihr nun Auftrag für Auftrag weggenommen werden muss. Geiz ist halt nicht immer geil.

Dann hätten wir da noch die Schließung unserer Frühchenstation im Marienhospital, dank der tollen Krankenhausreform von Herrn Lauterbach, die nicht nach Qualität, sondern nach Quantität geht. Und außer uns, schweigen sich auch hier alle Ratsparteien darüber aus.

Aber die Gesundheitsversorgung in Bottrop, scheint außer der AfD hier ja eh keine Partei zu interessieren. Frühchenstation egal – Apothekensterben und Medikamentenengpässe egal.

Und auch über die schlechte Versorgung von psychisch Kranker in Bottrop sind im vergangenen Jahr zahlreiche Artikel erschienen. Aber unsere Corona bedingten Warnungen im Sozialausschuss schon im April 2021 wurden ja alle in den Wind geschossen. Nun ernten wir nichts, weil wir nichts gesät haben. Leidtragende, sind die Bottroper Bürger.

Ich fasse zusammen:

Unsere Stadt ist völlig verschuldet. Das Land gibt uns weniger Geld für die an uns abgewälzten Aufgaben und eine seit Jahren angekündigte Altschuldenlösung ist weiterhin nicht in Sicht. Ohne Taschenspielertricks wie Nothaushalte ist kein ausgeglichener Haushalt möglich. Nun daher das Haushaltssicherungskonzept, was noch mehr schmerzliche Eingriffe in die Lebensqualität Bottrops bedeutet.

Für die Zukunft, brauchen wir dennoch 2 Feuerwachen, eine Kleine in Kirchhellen und die Große am Marienhospital, diverse Verwaltungsgebäude und den Bau einer neuen Polizeiwache wird man auch nicht mehr ewig vor sich hinschieben können.

Auf die Frage, wie das alles finanziell gestemmt werden soll, gibt es unserer Meinung nach keinerlei

Antworten.

Eine solche Politik, die zwar im großen Maße von Landes- Bundes- und sogar EU-Entscheidungen abhängig ist, jedoch von nahezu allen Ratsparteien und Vertretern hier außer uns mehr oder weniger gutgeheißen wird, wird den Karren niemals mehr aus dem Dreck ziehen können.

Somit kann ich im Namen der AfD Ratsfraktion Bottrop, den vorgelegten Haushalt in allen Punkten leider nur ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die diesjährige Haushaltsberatung ist eng verknüpft mit dem Haushaltssicherungskonzept, denn schon als wir im Herbst letzten Jahres das erste Mal über den Haushalt gesprochen haben, war klar, dass angesichts eines so riesigen Fehlbetrags die Politik im Grunde null Gestaltungsspielraum besitzt.

Dementsprechend hat unsere Ratsgruppe zunächst auch auf eigene Anträge verzichtet.

Dann kam das von der Verwaltung geschnürte Paket zur Haushaltssicherung und man hatte sehr schnell das Gefühl, das hier Vorgelegte sei alternativlos. Das gipfelte dann darin, dass man bei manchen zu Beginn der Beratungen das Gefühl hatte, sie wollten am liebsten allem sofort en Block zustimmen.

Das kann unserer Meinung nach nicht richtig sein. Sonst bräuchten wir ja gar keine Beratung darüber in den Fachausschüssen und letztlich hier im Rat.

Dementsprechend legten wir, aber auch andere kleine Ratsgruppen und Fraktionen, Änderungsanträge vor, nur die beiden großen Fraktionen hielten sich auffallend

zurück und das, obwohl sie doch nun mit den gestiegenen Fraktionszuwendungen über hauptamtliches Personal verfügen.

Und nicht nur das, wiederum wurden die Anträge der Kleinen nur selten wirklich beraten, meist blieben sie von den Großen unkommentiert und wurden einfach weggestimmt.

Und nun das Ergebnis: Der so entstandene Haushaltsplan ist an vielen Stellen unsozial, unökologisch und unklug und somit letztlich dem Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger abträglich.

Im Folgenden will ich Ihnen das an vielen Positionen deutlich machen.

Zunächst zu den unsozialen Maßnahmen:

Durch die Streichung von Jekits wird ausgerechnet die Maßnahme des Kulturamts, mit der auch die Kinder erreicht werden, deren Eltern nicht unbedingt eine Affinität zur musischen Bildung haben, abgeschafft. „Wir wollen das eigentlich nicht,“ sagt Herr Hirschfelder für seine Fraktion, stimmt aber letztlich doch zu. Und dass die Maßnahme nun statt

„Streichung“ „Optimierung“ heißen soll, obwohl der gleiche Sparzielbetrag eingesetzt bleibt, ist aus unserer Sicht mehr als zynisch. Ein bisschen so, als klebe man ein Pflaster auf einen offenen Beinbruch.

Mag sein, dass es gelingt, einige Sponsoren zu finden, aber damit kann ich kein Projekt von 300.000 € auffangen, von denen im Übrigen ja die Hälfte vom Land und durch Elternbeiträge getragen wurden. Hier werden Strukturen zerschlagen, die für immer verlorengehen und vielen Kindern, die gerade nach den Belastungen der Pandemie jede Unterstützung benötigen, wird der Zugang zu musischer Bildung verwehrt. Ein Armutszeugnis! Doch damit nicht genug.

Ebenso wird im Jugendhilfebereich die Stelle eines Netzwerklers eingespart mit der Begründung, dass die Stellen in der Vergangenheit ja auch nie durchgängig alle besetzt waren. Und es habe ja auch geklappt. Aber wie? Schauen wir uns doch die Probleme in der Innenstadt an. Löblich, dass die Verwaltung nun dort einiges für die Jugendlichen plant, übrigens auch angeregt durch einen Antrag von Grünen, FDP und ÖDP zum letzten Haushalt. Aber brauchen wir dafür nicht eher mehr Personal als weniger?

Ebenso bleibt unklar, was passiert, wenn mit dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin die Stelle zur Bearbeitung des Schulabsentismus mal eben so wegfällt. Es ist ja auch nicht so, dass sich die Problematik des „Schuleschwänzens“ seit Corona nicht noch mal verschärft hat.

Überflüssig scheint einer Mehrheit hier auch das Bildungsbüro zu sein und wir sind froh, dass unser Antrag zum Erhalt wenigstens einer halben Stelle von der Verwaltung realisiert wird. Der Austausch von Pädagogen, Verwaltung und Politik ist gerade in diesen schwierigen Zeiten unerlässlich, wie die letzten Bildungskonferenzen und eine Veranstaltung zum Thema Gewalt eindrücklich zeigen konnten.

Als letzten Punkt in der Rubrik „unsozial“ möchte ich noch die Kitabeiträge nennen, die uns als ÖDP schon seit langem ein Dorn im Auge sind. Als Bildungseinrichtung muss die Kita grundsätzlich kostenfrei sein, aber wir hier beschließen mit diesem Haushalt sogar wiederum eine Erhöhung der Beiträge und treffen damit genau die Eltern, die überhaupt welche bezahlen und mit ihrem Steuergeld schon viele andere Dinge aufrechterhalten und nun auch noch für die Bildung ihrer Kinder herangezogen werden.

Dieser Haushalt ist aber auch an vielen Stellen unökologisch und wenig nachhaltig.

Hier seien nur zwei Beispiele herausgegriffen:

Statt den ÖPNV zu stärken und attraktiver zu machen, sparen wir hier 300.000 € ein, wodurch zwangsläufig Linien ausgedünnt bzw. Takte verlängert werden müssen. Ein attraktives Angebot sieht eindeutig anders aus.

Die Bekämpfung der invasiven Arten wird mal eben so gestrichen, vielleicht, weil einige gar nicht wissen, worum es eigentlich geht, aber wer die Ausbreitung des Riesen-Bärenklaus in Trömsö in Norwegen mal gesehen hat, der weiß, was es bedeutet, wenn man den Kampf dagegen quasi verloren hat. Für eine vergleichsweise geringe Summe wird hier ein großes Risiko in Kauf genommen.

Last but not least möchte ich jetzt auf einige Einsparungen kommen, die einfach nur kurzsichtig und unklug sind:

Wir kürzen Stellen beim KOD mit einer ähnlichen Begründung wie bei den Netzwerknern im Jugendbereich, dass die Stellen ja eh nicht besetzt seien. Aber wir alle hier haben aufgrund der Situation im öffentlichen Raum eine Ausweitung des KOD befürwortet und für nötig erachtet. Und wenn ich die Zeitung aufschlage, habe ich nicht das Gefühl, dass unsere Probleme kleiner geworden sind und wir daher auch den KOD verkleinern könnten. Welch Unsinn also, wenn wir dann demnächst durch Vandalismus, Zerstörungen im öffentlichen Raum und ähnliches das wieder draufzahlen, was wir durch die Kürzung eingespart haben.

Genauso kurzsichtig scheint uns der zusätzliche Schließungstag im Museum Quadrat, der offensichtlich mit den Fördergebern auch noch gar nicht ausreichend kommuniziert wurde.

Hier sind wir froh, dass eine Mehrheit unserem Antrag zugestimmt hat, den Dienstag zumindest für angemeldete Gruppen weiterhin geöffnet zu halten.

Wer vergangenen Sonntag bei der Ausstellungseröffnung war, konnte sich einmal mehr davon überzeugen, welche auch überregionale Beachtung unser Museum derzeit erfährt. Das sollte

eigentlich zu einer Erweiterung und nicht zu einer Reduzierung von Öffnungszeiten führen.

Der Kämmerer betont ja nun immer wieder, dass wir auf keine einzige dieser Kürzungen verzichten können. Allerdings ändern sich die Rahmenbedingungen eh ständig, wie wir heute noch in der Tageszeitung lesen konnten, und die Anzahl von 140 Stellen, die die Verwaltung durch Digitalisierung einsparen will und die einen bedeutenden Beitrag im Rahmen des Sparkonzepts darstellt, ist unserer Meinung nach aufgrund der Summe gewählt worden, die am Ende noch fehlte, um einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können. Denn eine Strategie, wie diese Stellen und warum genau diese Anzahl eingespart werden sollen, kann die Verwaltung nicht liefern. Letztlich bleibt die Zahl somit willkürlich und es könnten also genauso gut nur 130 oder auch 150 Stellen dort eingesetzt werden.

Zuletzt noch ein Wort zu den Fraktionszuwendungen. Ja, natürlich braucht politisches Ehrenamt Unterstützung, aber die im letzten Haushalt beschlossene Erhöhung war aus unserer Sicht damals schon unangemessen. In unserer derzeitigen Lage aber stellt sie ein Unding dar. Auch wir als Politikerinnen und Politiker sollten

unseren Beitrag leisten und mit einer geringeren, aber dennoch auskömmlichen Summe klarkommen. Hier haben wir die Chance vertan, 350.000 € zu generieren, mit denen wir Jekits mehr als zweimal hätten retten können. Leider sieht die Mehrheit das hier anders.

Unser Fazit: Einem Haushalt, der in einem solchen Ausmaß unsoziale, unökologische und unsinnige Positionen beinhaltet, muss man die Zustimmung verweigern! Und genau das werden wir tun!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(I Auswirkungen für Bottrop)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bottroper Bürgerinnen und Bürger!

Die Auswirkungen des vorliegenden Haushaltsentwurfes in Verbindung mit dem Haushaltssicherungskonzept können wir uns nicht leisten.

Der Personalrat der Stadtverwaltung stellt in seiner Stellungnahme fest, dass die geplante Streichung von über 200 Stellen einen erheblichen Qualitätsverlust für die Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger darstellt. Das Haushaltssicherungskonzept habe große Verunsicherung bei den Beschäftigten hervorgerufen. Vor Leistungsreduzierung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und vor Überlastung des verbleibenden Personals wird gewarnt. Und ebenfalls verweisen die Kolleginnen und Kollegen zu Recht darauf, dass die Digitalisierung, mit der allein die Vernichtung von 140 Arbeitsplätzen begründet wird, kein Allheilmittel ist, sondern nur Arbeitsprozesse verändert und nur geringfügig Arbeitsabläufe verringern wird.

Dieser geplante Kahlschlag von Arbeitsplätzen in der Verwaltung wird die Wartezeiten für Bürger unzumutbar verlängern. Es geht nicht nur um „Luxusprobleme“ wie die An- oder Ummeldung von Kraftfahrzeugen, wie die WAZ vor einigen Tagen

berichtete, oder die Bearbeitung von Bauanträgen: Im sozialen Bereich wenden sich häufig Menschen mit dringenden finanziellen Problemen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Verwaltung. Häufig geht es für sie und ihre Kinder buchstäblich um das Essen für heute und morgen. Da können wir keine Wartezeiten tolerieren! Das FrauenForum Bottrop weist zu Recht darauf hin, dass einkommensschwache Bevölkerungsgruppen geschwächt werden können, wenn längere Bearbeitungszeiten entstehen würden. Das wird durch den Personalabbau jedoch programmiert.

Der Förderverein der Musikschule hat zu Recht gegen die von der Stadt geplanten Kürzungen und Streichungen protestiert. Dr. Rainer Fischer hat in dem Schreiben an uns, an die im Bottroper Stadtrat vertretenen Parteien, klargemacht, dass von den Sparplänen der Stadtverwaltung Hunderte von Kindern in Bottrop betroffen sein würden. Durch das Jekits-Aus will die Stadtverwaltung rund 150.000 Euro einsparen. 900 Kinder in acht Grundschulen nehmen an dem Programm Jekits teil. Diesen Kahlschlag wie alle anderen Kürzungen im Kulturbereich dürfen wir uns nicht leisten. Sie treffen wieder die, die eine kulturelle Teilhabe am dringendsten nötig haben.

Nur die Reichen brauchen eine arme Stadt und haben sich schon in Position gebracht. Wohin zukünftig städtisches Geld fließen soll, machte die Initiative „Neustart Bottrop“ bereits im November letzten Jahres

deutlich: Sie forderten damals massiven Stellenabbau und wollten die Personalkahlschlagspläne in die Hände einer „unabhängigen, externen, professionellen Organisationsberatung“ legen. Diese Berater sollen sich dann goldene Nasen mit der Finanznot unserer Stadt verdienen. Es geht solchen neoliberalen Kräften um die Umwandlung städtischen Eigentums in private Profite.

(II Ursachen der Finanzsituation)

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist kein Naturgesetz. Sie ist politisch gewollt und Ergebnis der Politik der unterschiedlichen Bundes- und Landesregierungen.

Sie verstärkt den Privatisierungsdruck und schränkt die kommunale Selbstverwaltung immer weiter ein.

Sparhaushalte hatten wir in Bottrop in der Vergangenheit häufiger, lange vor Corona und vor dem Krieg in der Ukraine. Die Ursachen unserer Finanzsituation liegen woanders.

Kommunale Verwaltungen haben in erster Linie Pflichtaufgaben zu erfüllen, die ihnen vom Gesetzgeber auferlegt werden und die oftmals nicht durch angemessene Finanzaufweisungen abgedeckt werden. Die Verletzung des Konnexitätsprinzips durch die Bundesregierung ist an der Tagesordnung.

Das sehen wir bei den Kosten der Unterkunft.

Das gilt für die Kosten für Geflüchtete. Statt einer besseren und nachhaltigeren Finanzierung der kommunalen Flüchtlingsaufnahme und Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten mit Wohnraum lässt der Bund uns im Regen stehen.

Da werden die Städte für die Versorgung mit Kitas verantwortlich gemacht, ohne ihnen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Da ist die mittlerweile ausufernde Politik der sogenannten Fördertöpfe. Die führen zu einer weiteren Aushöhlung der Selbstverwaltung und der Autonomie der Kommunen. Die Kommunen brauchen Steuermittel statt Fördergelder.

Der Bund hat eine Menge Geld. Aber in Berlin wie in Bottrop gilt: Es wird nicht gespart – hier wird umverteilt!

Es gibt Geld für Aufrüstungsprogramme und Kriegsproduktionen in schwindelerregenden Milliardenhöhen. Das Stockholmer Friedensinstitut beziffert die weltweiten Militärausgaben im vergangenen Jahr auf 2,28 Billionen Euro. Die USA sind federführend dabei mit weit über der doppelten Summe wie China und Russland zusammen, die Bundesrepublik rangiert auf Platz 7. Kriegstüchtig sollen wir werden, wo doch Frieden das Gebot der Stunde ist. Wir brauchen Verhandlungen statt Waffenlieferungen! Wir brauchen Brot und Butter statt Kanonen.

Da fordern derzeit CDU und FDP, beim Bürgergeld und sozialen Leistungen zu sparen, während gleichzeitig Milliarden-Subventionen für Konzerne und Milliardäre bereitstehen und ihnen weitere Steuererleichterungen in Aussicht gestellt werden.

Da verzichtet die Bundesregierung auf die Erhebung der Vermögenssteuer, allein das würde etwa 20 Milliarden Euro jährlich einbringen.

Ich will hier darauf verzichten, diese Liste weiterzuführen. Diese Politik macht die Stadt Bottrop arm und auch viele unserer Bürger.

Und so bilanzieren wir mittlerweile 400 Wohnungslose in unserer Stadt. Jedes fünfte Kind in Bottrop lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die Tafel ist überfordert, die Schulen häufig marode. Wir wollen und dürfen uns diesen Spardiktaten auf Bundes- und auch kommunaler Ebene nicht unterwerfen!

(III Unsere Vorschläge und Finanzierung)

Die DKP beantragt die Bereitstellung von 10.000.000 Euro für den kommunalen sozialen Wohnungsbau. Die Bundesregierung ist völlig gescheitert mit ihrem Versprechen, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau. Mit dem Bau von Sozialwohnungen könnten wir in Bottrop

einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum schaffen.

Die Grundsteuer B muss von 680 auf 490 Punkte gesenkt werden.

Für die Unterstützung anspruchsberechtigter SGB-II-Bezieher hinsichtlich der Unterkunfts- und Heizungskosten ist der Haushaltsansatz angesichts der Preissteigerungen nicht realistisch. Die DKP beantragt die Bereitstellung von 50.000.000 Euro.

Immer mehr Menschen können es sich finanziell nicht mehr leisten, ihre Wohnung ausreichend zu beheizen. Die DKP beantragt die Bereitstellung von 25.000 Euro für die Wiedereinführung des „Bottrop-Pass“. Der Bottrop-Pass könnte ein Instrument werden, der sozialen Spaltung der Bürger unserer Stadt etwas entgegenzuwirken.

Die DKP beantragt die Streichung der Elternbeiträge in der OGS. Der Besuch muss kostenfrei sein.

Wir halten die Bereitstellung von 21.500 Euro für Zuschüsse an Verbände und Vereine des sozialen Bereichs für erforderlich. Dieser Betrag entspricht dem Niveau von 2022.

Die DKP beantragt die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung. Ein Ergebnis dieser damaligen Privatisierung ist der Zustand der Toiletten an vielen

Schulen. Die Kolleginnen, die nun in kommerziellen Reinigungsfirmen arbeiten müssen, stehen unter erheblichen Zeitdruck bei ihrer Arbeit und werden schlechter bezahlt als städtische Bedienstete. Die Differenz fließt in die Taschen privater Betriebe. Auch in anderen Bereichen können wir uns die Kommunalisierung von Dienstleistung vorstellen. Der Kommunale Ordnungsdienst beispielsweise könnte in Unterkünften von Geflüchteten eingesetzt werden. Auch die Übernahme der beiden Radstationen in Bottrop als stadteigene Einrichtung kann sinnvoll sein.

Für die Förderung der Kulturarbeit beantragen wir die Einplanung von 12.100 Euro für Zuschüsse an Verbände und Vereine für die Kulturarbeit, wie sie noch im Ansatz von 2018 vorgesehen war. Darüber hinaus beantragten wir 20.000 Euro als Anschubfinanzierung für die Errichtung einer Artothek, in der sich Bürger Kunstgegenstände für begrenzte Zeiträume ausleihen können.

Die DKP beantragt die Anhebung der Gewerbesteuer von 490 auf 520 Punkte. Diese minimale Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes ist von den Unternehmen zu verkraften. Darüber hinaus dient die Gewerbesteuer der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlicher Dienstleistungen, wovon auch ortsansässige Unternehmen profitieren.

Die DKP Bottrop lehnt die Fraktionszuwendungen in Höhe von 768.300 pro Jahr ab und schlägt eine Halbierung vor. Das entlastet die Bottroper Bürger um 384.150 Euro pro Jahr.

Uns liegt ein Haushaltsentwurf vor, der in erster Linie das Ergebnis einer Bundespolitik ist, die unsere Kommunen in die Pleite treibt und uns gleichzeitig vorschreibt, dass wir das als Sachzwänge anerkennen sollen. Wir lehnen diesen Entwurf ab, weil er mit den Interessen der Beschäftigten der Stadtverwaltung und der Bürgerinnen und Bürger nicht vereinbar ist.

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren.

Da ist er nun, der Haushalt 2024. Ein Haushalt und eine Perspektive für die kommenden Jahre, die wir uns so alle nicht gewünscht haben.

Nachdem die Stadt Bottrop im Jahr 2020 den Stärkungspakt Stadtfinanzen verlassen hat, war in diesem Haus die Erleichterung deutlich zu spüren: Die Entscheidungen über die städtischen Ausgaben lagen wieder vollständig bei den Akteuren vor Ort.

Heute stehen wir aber nun wieder an diesem Punkt, bittere Entscheidungen für die Menschen in dieser Stadt, aber auch für die Beschäftigten bei der Stadtverwaltung treffen zu müssen. Denn wieder ist es notwendig geworden, Maßnahmen in Form eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) zu treffen, damit unsere Stadt ihre Handlungsfähigkeit behält und nicht rettungslos im Schuldensumpf untergeht.

Lösungen für die fehlenden Millionenbeträge zu finden, ist keine leichte Aufgabe; auch vor dem Hintergrund, dass viele dieser Gelder überhaupt

nicht zur Disposition stehen. Dass Sie, Herr Stadtkämmerer Brunnhofer, dennoch diesem Haus Vorschläge unterbreiten konnten, dafür gehört Ihnen unser Respekt und unsere Anerkennung.

Ich möchte aber auch noch einmal einen Punkt dabei betonen, weil ich in den vergangenen Wochen in den Beratungen von dem einen oder anderen Mitglied dieses Hauses einen anderen Eindruck vermittelt bekommen hatte:

An so einem Haushaltssicherungskonzept gibt es nichts schönzureden und so ein Haushaltssicherungskonzept ist auch kein Spaß, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es geht hier nicht darum, ein Konzept aufzustellen, das einzig der Bezirksregierung gefallen muss und für uns, für den Rat dieser Stadt und die Verwaltung, bestenfalls eine grobe Handlungsempfehlung darstellt. Unser Verständnis von einem HSK ist, dass dieses Papier verbindlich ist und nicht nach Belieben so oder so ausgelegt wird.

Ein HSK ist unserer Sicht nach eine belastbare Zukunftsplanung. Eine Zukunftsplanung, wie Bottrop nachhaltig auf stabile Füße gestellt werden kann. Solange aber dabei, wie in dem vorliegenden Papier,

mit volatilen Größen, wie möglichen Einsparungen durch wachsende Digitalisierung, oder potenziellen Bußgelder durch Geschwindigkeitsüberwachung innerstädtisch und auf der Autobahn, gerechnet wird, fehlt es uns an der erforderlichen Verbindlichkeit.

Die Digitalisierung wird ohne Zweifel zur Reduzierung des zukünftigen Personal- und Raumbedarfs beitragen. Dazu ist es aber erforderlich, dass bereits jetzt schon deutlich mehr in die Digitalisierung der Verwaltung investiert wird. Solange sich aber Verwaltungsabläufe Jahre hinziehen können, wie wir anschaulich an den 7 Jahren für den Glasfaserausbau an den Bottroper Schulen gesehen haben, fehlt es uns Freien Demokraten an Fantasie, wie das im HSK formulierte Ziel in der Zeit erreicht werden kann.

Die 140 Stellen, die Sie durch die wachsende Digitalisierung einsparen wollen, erscheinen uns zudem auf den ersten Blick willkürlich gewählt zu sein. Wie belastbar ist diese Zahl? Und warum sind es nicht 138 oder 145 Stellen geworden? Der Ansatz ist richtig, aber was die Digitalisierung bis 2030 tatsächlich bringen wird, lässt sich nur schwer vorhersagen. Hier scheint unserer Ansicht nach der

Wunsch garniert mit einer ordentlichen Prise Hoffnung eher der Vater des Gedankens zu sein, als dass diese Zahl tatsächlich seriös ermittelt worden ist.

Sie rechnen auch wieder einmal, wie in der Vergangenheit auch, mit Geldern aus der Verkehrsüberwachung. Diese Gelder als Einnahmen im Haushalt zu veranschlagen ist ja auch korrekt, wenngleich Sie auch wissen, dass solche Einnahmen nicht gesichert sind.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich finde es gut und im Sinne der Verkehrssicherheit auch dringend notwendig, wenn Rotlicht-Verstöße stärker geahndet werden. Und wenn Sie durch eine Geschwindigkeitsüberwachung die Anzahl der schweren Unfälle am Autobahndreieck A2/A31 reduzieren können, ist das hervorragend.

Aber Sie stützen sich in einem Haushaltssicherungskonzept auf diese Einnahmen und setzen darauf, dass sich die Menschen verkehrswidrig verhalten. Was machen Sie, wenn am Ende des Tages die Einnahmen aus diesen Maßnahmen nur halb so hoch ausfallen, weil die Menschen doch noch vernünftig werden? Utopie, ich weiß. Aber so genau kann man das ja heute auch

noch gar nicht sagen und wichtig ist im Moment ja auch nur, dass Münster uns keinen Sparkommissar schickt, richtig?

Unsere Wahrnehmung ist, dass Sie sich irgendwie aus dieser finanziellen Misere herauswinden wollen und hoffen, dass die Bezirksregierung nicht so genau hinschaut.

Eine solchen Weg können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne beschreiten. Aber dann gehen Sie diesen Weg allein, denn wir Freie Demokraten können und werden heute einem solchen Beschluss nicht zustimmen.

Die Frage, die im Raum steht, ist ja auch, welche Instanz für die finanzielle Schieflage der Stadt aufkommen muss, denn aus eigenen Mitteln erscheint es perspektivisch unmöglich zu sein, ohne Unterstützung aus dieser Lage herauszukommen.

Zur Einordnung:

„Die vom Bund klar angekündigte einmalige gemeinsame Kraftanstrengung zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden muss unmittelbar erfolgen. Zu diesem Zweck werden wir noch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bund eine Lösung vereinbaren. Sollte der Bund

seiner Verantwortung nicht nachkommen, bekennen wir uns dazu, im kommenden Jahr selbst eine Lösung herzustellen und dafür einen Altschuldenfonds einzurichten, der für die teilnehmenden Kommunen eine substantielle und bilanzielle Entlastung bringt.“

(Zeilen 5177-5183, ZUKUNFTSVERTRAG FÜR
NORDRHEIN-WESTFALEN,
Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN,
2022-2027)

Dieser Text stammt nicht von mir. Dieser Text ist so im Schwarz-Grünen Koalitionsvertrag von 2022 zu finden. Dass diese NRW Landesregierung nicht, wie in eben diesem Koalitionsvertrag versprochen, im vergangenen Jahr selbst eine Lösung hergestellt hat, war für Bottrop ein herber Schlag ins Kontor und hat die Stadt letztlich in diese prekäre Lage gebracht. Vielleicht können ja Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von UNION und GRÜNEN auf Ihre Parteifreundinnen und -freunde in Düsseldorf einwirken, nicht länger ihre Umverteilungsphantasien auszuleben und endlich eine nachhaltige Lösung für das Altschuldenproblem und beispielsweise ein Konzept für eine kommunale Schuldenbremse vorzulegen. Dann wird es auch, wie

angekündigt, die versprochene finanzielle Unterstützung aus Berlin geben. Oder die Landesregierung präsentiert die versprochene eigene Lösung.

Rufe nach Düsseldorf und sogar eine Resolution des Ruhrparlaments gab es dazu schon zahlreich. Aber es wäre zu einfach, die Ursachen der Probleme unserer Stadt ausschließlich bei anderen zu suchen, oder sich nur auf externe Hilfen zu verlassen. Dass Land und Bund die Schulden der Kommunen einfach so übernehmen, halten wir zudem nicht nur für illusorisch, sondern im Ergebnis auch für völlig falsch. Denn zur Wahrheit gehört dazu, dass auch wir in Bottrop unseren Anteil an der schlechten Finanzsituation haben und uns dieser Verantwortung auch stellen müssen.

Wir Freien Demokraten fordern dazu überhaupt nicht, dass jetzt ausnahmslos jede freiwillige Leistung dieser Stadt einzustellen ist. Die Schulsozialarbeit ist beispielsweise so eine freiwillige Leistung, die wir Freie Demokraten gerne erhalten wollen. Ich könnte aus dem HSK jetzt auch noch andere Punkte, wie JeKits oder den Kinderferienzirkus aufzählen.

Wir finden es insgesamt auch wichtig, dass Bottrop eigene Maßnahmen ergreift, diese Stadt lebens- und liebenswert zu machen. Aber wir brauchen eine offene und ideologiefreie Beurteilung aller freiwilligen Leistungen und städtischen Beteiligungen hinsichtlich ihres Risikos und ihres tatsächlichen Nutzwertes für die Stadt und ihre Bevölkerung.

Weltbeste Bildung für jedes Kind ist auch weiterhin eines unserer wichtigsten Forderungen und Ziele und wir nehmen dabei insbesondere die Kleinsten in den Blick. Unsere Forderungen nach gerechten Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche hat unzweifelhaft bestand, wie auch die Forderungen nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Da ist es aus unserer Sicht aber äußerst kontraproduktiv und für uns nicht akzeptabel, wenn in Bottrop KiTa und OGS Elternbeiträge angehoben werden sollen.

Insgesamt haben wir uns beim HSK und beim Haushalt mehr Mut zu Veränderungen gewünscht. Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, klammern sich streckenweise an Themen, die vor dem Hintergrund unserer derzeitigen Situation entbehrlich, oder zumindest aufschiebbar wären.

Das neue Konzept der Wirtschaftsförderung ist so ein Beispiel. Sie wollen den Tourismus in Bottrop stärken und fragen auch in den sozialen Medien, wie sich die Bottroperinnen und Bottroper die zukünftige touristische Landschaft unserer Stadt vorstellen. Sie planen sogar, dafür zusätzliches Personal in der Wirtschaftsförderung einzustellen, wo Sie im Rahmen der Haushaltssicherung noch von einem Stellenabbau von 200 Mitarbeitenden sprechen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, passt für uns nicht zusammen.

Warum überhaupt der Tourismus so einen Stellenwert bei der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung einnehmen soll und warum die Stadt mit dem Projekt „FunCity“ auf eigene Kosten Werbung für private Unternehmen macht, ist uns schon lange ein großes Rätsel und wir haben es mehr als einmal hinterfragt. Die RuhrTourismus GmbH des RVRs vermarktet bereits die gesamte Region und wir halten einen solchen Weg für deutlich zielführender als dieses Klein-Klein.

Wenn wir das Ruhrgebiet als Metropole betrachten wollen, müssen wir uns von dem Gedanken lösen, alles vor Ort selbst in die Hände nehmen zu wollen und wir müssen insgesamt bereit sein, regionaler

denken. Wir fordern daher weiterhin den sofortigen Stopp des Projektes „FunCity“ und keine stärkere Fokussierung auf den Tourismus bei der Wirtschaftsförderung. Was wir vorrangig brauchen, sind mehr Arbeitsplätze und weniger Leerstände. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte die primäre Aufgabe einer WiFö sein.

Eine weitere Frage, die uns beschäftigt ist: Welchen Nutzen zieht die Stadt Bottrop aus der Unternehmensbeteiligung an der inzwischen privaten InnovationCity Management GmbH? Bottrop hat viel Geld für einen stimmberechtigten Anteil in der Gesellschafterversammlung bezahlt. Für eine Stimme ohne echten Einfluss auf Entscheidungen dieses Unternehmens. Wir fordern, dass sich Bottrop aus der ICM zurückzieht und seinen Anteil wieder veräußert.

Eine weitere volatile Größe im Haushalt erscheinen uns die Einnahmen aus der Grundsteuer zu sein und wir fragen uns, auf welcher Grundlage Sie die im Haushalt ausgewiesenen Einnahmen von gut 23,5 Mio. Euro für dieses und die kommenden Jahre ermittelt haben? Wir vermuten, dass dies nur auf Grundlage bisheriger Daten und nicht im Zusammenhang mit der Grundsteuerreform erfolgt

sein kann. Denn bis Oktober 2023 wurde im Finanzamt Bottrop für etwa 2500 wirtschaftliche Einheiten noch keine Feststellungserklärung abgegeben und das Finanzamt muss hier Schätzungen vornehmen. Fast 6000 Einsprüche sind gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide und gut 3000 Einsprüche gegen Grundsteuerermessbetragsbescheide beim Finanzamt Bottrop eingegangen. Überhaupt gibt es im ganzen Land große Zweifel am angewendeten Basismodell, denn es droht eine systematische Mehrbelastung von Privatpersonen. Im Grunde kennen Sie die zu erwartenden Einnahmen also noch gar nicht. (Kleine Anfrage 2761 des Abgeordneten Ralf Witzel der Fraktion der FDP; LT-Drs. 18/6436)

Apropos Einnahmen: Was hat es eigentlich mit den 500T€ an fehlenden Grundbesitzabgaben auf sich, von denen David Schraven schreibt?

(<https://us10.campaign-archive.com/?u=0d54045cc156ed9286bbade73&id=039e01cbad>)

Nicht nachvollziehbar ist für uns auch Ihr Aktionismus, den Sie bei Um- und Straßenbaumaßnahmen jüngst an den Tag gelegt haben. Für eine Stadt in Haushaltssicherung sind Sie

hier sehr umtriebig. Sie lassen einen Kreisverkehr an der Kirchhellener Straße bauen, den selbst die Verwaltung und führende Personen des Verwaltungsvorstandes für Quatsch halten. Auch erscheint der Umbau des Ernst-Wilczok-Platzes zur Fahrradstraße eine unaufschiebbare, wichtige Infrastrukturmaßnahme zu sein.

Der Baudezernent sagt dazu, dass Infrastrukturmaßnahmen vom HSK nicht betroffen sind. Aber Herr Müller, bei allem Respekt, diese Maßnahmen sind weder dringend noch notwendig, noch lassen sie sich aus der Portokasse der Stadt bezahlen. Auch solche Schulden sind Schulden, die irgendwann beglichen werden müssen. Auf Ihrer Liste stehen zudem ja auch noch eine Reihe weiterer Investitionen, wie beispielsweise zwei Feuerwachen, eine Badeanstalt, ein ISEK und wirklich dringend benötigte Schulgebäude.

Sie werden jetzt argumentieren, dass wir für diese Maßnahmen ja auch Fördermittel bekommen. Es ist nicht schlimm, bei Fördergeldern auch einmal NEIN zu sagen. Wenn Bottrop kein Geld hat, dann auch nicht für Eigenanteile an Maßnahmen, die von Förderprogrammen gestützt werden. Wir sollten in Bottrop ohnehin vorläufig nur noch dann bei nicht

zwingend erforderlichen Maßnahmen Fördertöpfe in Anspruch nehmen, wenn die Stadt auch für eine auskömmliche Finanzierung aus eigenen Mitteln sorgen kann. Insbesondere auch dann, wenn am Ende durch den Fördergeber nicht die volle Fördersumme bewilligt wird.

Insgesamt betrachtet versuchen Sie, sich irgendwie eigenständig durch diese Misere zu wurschteln. Sie geben vor, Personal abbauen zu wollen. Das ist ein Schritt, der niemandem leichtfällt, der aber manchmal und insbesondere in solchen Situationen notwendig wird. Eine Deckelung des Personals haben Sie in der Vergangenheit immer abgelehnt. Wenn wir uns dann aber die 60 abzubauenen Stellen anschauen, so haben Sie weniger geprüft, wo in der Verwaltung Optimierungspotenzial besteht und welche Leistungen nach Bedarf eingekauft werden können, sondern Sie haben auch hier den vermeintlich leichteren Weg gewählt.

Sie haben sich nämlich in erster Linie auf die Stellen konzentriert, die bisher unbesetzt geblieben sind, oder bei denen Verträge eh in Kürze auslaufen; Zeitverträge oder aufgrund der Erreichung des Pensionsalters. Dagegen ist auch nichts einzuwenden.

Wir hatten uns aber auch gewünscht, und das ist der schwierigere Weg, Sie hätten zur Unterstützung bei der Aufstellung des HSKs einen unabhängigen Dritten dazu geholt. Einen Dritten, der nicht schon betriebsblind ist und Tätigkeiten und Prozesse in der Verwaltung wirklich kritisch hinterfragt. „Lean Management“ ist so ein Stichwort in diesem Zusammenhang und ich kann mir schon vorstellen, wie bei diesem Begriff einige im Saal oder im Personalrat zusammenzucken.

Die hohe Personaldecke, die Belastung bei Mitarbeitenden und Dezernenten und die daraus resultierende Forderung nach einer noch höheren Personaldecke lässt sich aus unserer Sicht durchaus auch darauf zurückführen, dass die Stadt mit der Zeit immer mehr Aufgaben wahrgenommen hat, die im Grunde nicht zu ihren hoheitlichen Aufgaben gehören. Andere Aufgaben lassen sich zudem möglicherweise durch Optimierung von Prozessen und tatsächlich mit mehr Digitalisierung vereinfachen. Eine solche Feststellung fällt in der Regel einem Außenstehenden leichter, als den unmittelbar betroffenen. Um den Verwaltungsapparat wirklich nachhaltig zu verschlanken, wird aus unserer Sicht ein solcher Schritt, nämlich externe Unterstützung in Anspruch

zu nehmen, unabdingbar sein. Zur Wahrheit gehört ja auch dazu, dass Sie für dieses Jahr noch 95 neue Stellen planen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister.

Weiterzumachen, wie bisher, ist keine Lösung. Das haben Sie erkannt. Ohne Frage müssen auch Bund und Land umgehend reagieren und zügig zusammen an einer Altschuldenlösung arbeiten. Aber auch Bottrop muss den erforderlichen Mut aufbringen, wirklich alle Potenziale zu nutzen. Das können wir leider jedoch so bisher nicht erkennen.

Wir wünschen uns, dass Sie den Mut fassen, einen Weg der Veränderung zu gehen, der nachhaltig, zukunftsorientiert und generationenfreundlich ist. Dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Heute sind wir das aber nicht.

Andreas Mersch

FDP Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

über diesem Haushalt schwebt die Frage: Wie schlagen wir den Faschismus? Auch in Bottrop. Alle aktuellen Umfragen sagen, die faschistische Gefahr ist real. Das wissen wir spätestens seit der Potsdamer Deportationskonferenz von wichtigen AfD-Funktionären und anderen Rechtsradikalen. Auch in Bottrop zeigt der Faschismus seine hässliche Fratze. Auch in unserer Stadt verbreiten Rechtsradikale, wie Kamerad Engels und seine blau-braunen Brüder, ihre Hetze in den sozialen Medien. Remigration und so, ne? Herr Oberbürgermeister, was Sie mit dem, was Sie im Haushalt 2024 mit dem Haushaltssicherungskonzept vorlegen, vorschlagen, werden wir den Faschismus nicht schlagen. Ganz im Gegenteil! Dieses gnaden- und kopflose Streichungsprogramm wird Rechtsradikalen das Magazin für die kommenden politischen Auseinandersetzungen vollmachen. Das intendieren Sie natürlich nicht. Aber es ist eine Tatsache. Denn, auf der sozialen Spaltung kochen seit jeher Faschisten ihr braunes Süppchen. Und da geben sich Höcke und Hitler gar nichts.

Und wenn ich noch mal rekapitulieren darf, was Sie uns vorschlagen:

Für Busse, KiTas, Schulausstattung, Sport, Jugendarbeit, Unterstützung von Kindern mit Schulschwierigkeiten werden Millionenbeträge gestrichen, massive Gebührenerhöhungen in KiTas und OGS, obwohl Bottrop heute schon zu den teuersten Städten in der Kinderbetreuung gehört. Vereine sollen für die Nutzung von Schulräumen künftig ein Vielfaches zahlen.

200 der 1800 Personalstellen der Stadt sollen weg. Trotz – das fragen wir jedes Jahr ab – eines immer noch grotesk hohen Überstundenberges. Folge wird sein, keine funktionierenden Dienstleistungen der Stadt mehr. Da hat der Personalrat ja sehr deutlich drauf hingewiesen. Schlechte Jugendbetreuung, endlose Wartezeiten beim Amtsgang. Auch das hat die WAZ ja mit Blick auf die Kfz-Zulassung jüngst schon erörtert.

Extreme Grundsteuererhöhung, die liegt in Bottrop heute schon über dem Landesschnitt. Und künftig sollen alle Menschen in Bottrop, egal ob Mieterin oder Eigentümer, zusätzlich abgezockt werden.

Abbrucharbeiten bei Musikschule und Museum. Für 900 Kinder soll der Musikeinsteigerunterricht „JeKits“ gestrichen werden. Obwohl heute schon die Wartezeiten für z.B. regulären Gitarrenunterricht an unserer Musikschule bei grotesken 3 Jahren liegt!

Das gerade für Millionen ausgebaute Quadrat muss zusätzlich 50 Tage im Jahr für das Publikum schließen.

Die Stadt verfällt!

Gelder für Reparaturen öffentlicher Gebäude und die Bekämpfung gefährlicher Unkrautpflanzen, wie Riesenbärenklau, werden gestrichen.

Herr Oberbürgermeister,
diese Streichorgie löst sicherlich kein Problem.

Im Gegenteil!

Eine vergammelte Stadt ohne funktionierende Infrastruktur, Bildung, Jugendarbeit, Kultur, die den Menschen Wuchermieten und Gebührenabzocke zumutet, hat keine Zukunft.

Sie richten diese Stadt gerade zugrunde.

Und deshalb haben meine jungen Genossinnen und Genossen der Linksjugend Ihnen den Titel „Abriss-Berni“ verliehen und Ihnen eine Papp-Abrissbirne

mit dem Konterfei letzten Sonntag vor das Museum Quadrat gestellt.

Und Kämmerer Brunnhofer schwingt in diesem Modell die Abrissbirne als Baggerführer.

Das ist weniger lustig als leider sehr treffend.

Und bei dem, was Sie tun, trifft es nicht nur die Ärmsten, die in Grundsicherung leben müssen.

Sie schädigen massiv Menschen mit mittleren Einkommen, die irgendwie mit dem Lohn über die Runden kommen, aber auch keine Reichtümer verdienen. Was meinen Sie denn, wie die das so finden, wenn sie demnächst höhere KiTa-Gebühren zahlen, höhere Wohnkosten zahlen durch die Grundsteuererhöhung? Haben Sie mal

zusammengerechnet, was Ihre Pläne für solche Familien in Bottrop kosten würde? – Deshalb, Ihr Programm befeuert die Erzählung der radikalen Rechten. Die verbreitet systematisch, dass diese demokratische Ordnung unfähig sei,

Alltagsprobleme der Menschen zu lösen, und dass das den Eliten egal sei. Und, Alltagsprobleme sind eben bezahlbarer Wohnraum, bezahlbare Kinderbetreuung, ein funktionierender öffentlicher Verkehr, ein funktionierendes Bildungssystem, auch im Kulturbereich.

Und all diese Bereiche greifen Sie mit Ihrem Programm massiv an.

Und was Sie vorschlagen, und SPD und CDU wohl offensichtlich durchwinken wollen, ist eben ein Programm der Abrissbirne gegen unsere Stadt und unsere Infrastruktur.

Die spannende Frage ist: Wozu das alles?

Denn Sie selber räumen ja ein, dass Bottrop dieses Haushaltsloch mit den Ausmaßen des Grand Canyon gar nicht durch eigene Sparmaßnahmen schließen kann. Dieses Jahr fehlen 65 Millionen Euro, in den Folgejahren so um die 50 Millionen Euro, danach das Jahr nochmal 40 Millionen. Diese Unterfinanzierung, der Kollege Buschfeld hat's ja richtig gesagt, ist schon so extrem, dass wir noch nicht mal unsere Pflichtaufgaben bedienen können. Aber Sie versuchen es dennoch, diesen Grand Canyon mit den Trümmern Ihrer Abbrucharbeiten an der Infrastruktur und dem sozialen Zusammenhalt dieser Stadt zu füllen. Und leider, Herr Oberbürgermeister, machen Sie das nicht seit gestern, gibt's da offenbar gar keine Lernkurve bei Ihnen. Denn schon beim letzten desaströsen Streichungsprogramm, dem sogenannten

Stärkungspakt, haben nicht nur wir Ihnen prophezeit: Diese Stadt wird nicht auf die Beine kommen finanziell, wenn Bund und Land nicht, verdammt noch mal, ihren Pflichten nachkommen. Und insofern, die kommen ihren Pflichten offensichtlich nicht nach - und wir machen auch gar keine Fortschritte. Weil, wir hatten dann mal eine relativ kurze Phase, und da haben Sie ja gesagt, dieser Stärkungspakt sei ein Mörder-Erfolg gewesen, wo wir dem „Erfolg“, also dem Haushaltsausgleich, irgendwie nähergekommen sind. 2 Jahre. Und danach ist das Haushaltsloch größer als es hier jemals war und man sich hier jemals vorstellen konnte. Und was folgern Sie daraus? Sie machen weiter wie bisher. Noch mehr Sparanstrengungen, noch mehr Sozialabbau, noch mehr Kulturabbau, noch mehr Gebührenerhebung, noch mehr Grundsteuererhebung, noch mehr Vergammeln lassen der Stadt. Nur, dieses Mal, da hat der Kollege Buschfeld ja leider mitgewirkt, wird das Ganze auch noch mit Desinformation garniert. Zu behaupten, niemand, das haben Sie ja getan, falle ins Bergfreie, ist angesichts der sozialen und auch verteilungspolitischen Auswirkungen Ihrer Maßnahmen also wirklich grotesk. So ähnlich, Kollege Buschfeld, wie zu behaupten, man würde ja

nur verwaltungsintern sparen und nicht bei den Menschen. Das können Sie ja mal den Betroffenen sagen! Ich hab's ja referiert.

Und von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, den Dezernenten und den beiden großen Fraktionen höre ich immer mit traurigem Hundeblick die gleiche Litanei: „Ja, das ist alles schon nicht so schön“ und auch „wie schwierig und schlimm“, „aber irgendwie doch auch ohne Alternative“. Und jetzt müsse man, auch wenn's unpopulär sei, Verantwortung übernehmen. Haben wir ja gerade schon in diversen Varianten von Ihnen hier wieder vorgetragen gekriegt. Also, dann sag ich mal: „Dann machen Sie mal! Übernehmen Sie mal Verantwortung.“. Das würde nämlich bedeuten, dieses HSK abzulehnen. Denn es ist im Wortsinn und in seinen Auswirkungen völlig unverantwortlich. Und Verantwortung übernehmen bedeutet, sich endlich gegen diese Strangulierungspolitik von Wüst und Neubaur und Lindner zu wehren. Die gönnen den Kommunen nämlich bei 6 % Inflation im letzten Jahr und entsprechend Tarifsteigerungen nicht mal 1 % Mittelfluss. Stattdessen wird die Altschuldenregelung, ist ja diskutiert worden hier schon, einfach auf die lange Bank oder aufs Abstellgleis geschoben. Klimaumbauprogramm geht

den gleichen Weg. Und ehrlich gesagt, das muss in die Pleite führen. Und daran können wir auch gar nichts machen.

Und, Herr Oberbürgermeister, wehren bedeutet sicherlich nicht, mit dem „Bündnis für die Würde unserer Städte“, also dem wirklich zahnlosesten Papiertiger, den ich in meiner kommunalpolitischen Karriere kennengelernt habe, wieder zum gemeinschaftlichen Dauerjammern anzusetzen.

Verantwortung übernehmen heißt, harte Bandagen! Verantwortung übernehmen heißt, sich drum kümmern! Dass man mit anderen schwer geschädigten Kommunen den Rechtsweg beschreitet.

– Kollege Buschfeld, ich bin seit 2014 im Rat. Wann da die Verfassungsklage gewesen sein soll von irgendeiner Kommune gegen die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Arbeit, das wäre eine spannende Frage. Also, in den letzten 10 Jahren ... das hätte ich gemerkt, ehrlich gesagt. –

Und das Land weigert sich halt sehr konsequent, seinen verfassungsmäßigen Pflichten der Finanzierung der Kommunen nachzukommen. Und Herr Wüst hat uns ja wiederholt wissen lassen, dass er gar nicht vorhat, irgendwas daran zu ändern. Weil, Herrn Wüst und seiner grünen Vize Neubaur ist doch

völlig wurscht, ob irgendeinem Kind in Bottrop an den Auswirkungen dieses Sparkurses die Bildungskarriere versaut wird. Herrn Wüst interessiert doch gar nicht, ob unser Stadtbild vergammelt. Oder ob hier Buslinien gestrichen werden. Das ist den Betreffenden doch wurscht. Genauso wie die Frage, Mietkosten, KiTa-Gebühren wachsen hier irgendwem über den Kopf oder nicht. Alles egal.

Und Herr Lindner setzt halt noch einen drauf, ne? Heißt dann Wachstumschancengesetz. Ich glaube, der Kollege Gerdes hat da auch zugestimmt. Real ist das ein „Bonzenbereicherungsgesetz“. Und das sind halt irgendwie die nächsten Baustellen, die auf die untergeordneten Ebenen zukommen.

Und, Herr Oberbürgermeister, Verantwortung übernehmen heißt sicherlich auch nicht, mit den Verursachern dieser Finanzkatastrophe auch noch zu fraternisieren. Wie man z.B. mit Kommunalministerin Scharrenbach, die, ehrlich gesagt, die Verantwortung für die Implosion unserer Stadtkasse trägt, noch nette PR-Fotos zu machen, also, das geht nicht in meinen Kopf. Der heutigen WAZ entnehme ich, dass die Ministerin ja nochmal hat wissen lassen, dass wir mit genau gar keiner Altschuldenregelung rechnen dürfen. So, und Herr

Brunnhofer sagt, das ist ja irgendwie pessimistisch. Ja, das bin ich auch, ehrlich gesagt. Aber man muss jetzt mal aufhören, sich die Tasche voll zu lügen, dass, sagen wir mal, durch freundliches Verhalten gegenüber diesen politischen Akteuren irgendwas zu erreichen ist. Ist es offenbar nicht. Und was machen Sie? Sie laden die Ministerin hier ein und die Dame darf hier über die städtischen Kanäle zwitschern: „Wieder einmal hat sich gezeigt, nur mit unseren Kommunen geht Staat“. Ne? Wohngeldregelung, und so. Richtiger wäre gewesen: „Nur mit dieser Ministerin gehen die Kommunen den Bach runter“. Weil, wir sind nämlich nicht die einzige Kommune, die dieses Problem hat. Den Kollegen in Oberhausen geht's ja nicht anders.

Und, ehrlich gesagt, Herr Tischler, Ihr Verhalten erinnert mich an, deshalb liegt das hier, Heinrich Manns „Der Untertan“. Da zieht nämlich der Untertan Diederich untertänigst vor dem Kaiser seinen Hut als Majestät vorbeireitet und Diederich brüllt voller Inbrunst „Hurra“. Einfach, weil der Kaiser für die Macht steht. „Die über Hunger, Trotz und Hohn hingehet. Gegen die wir nichts können, weil wir sie alle lieben“.

Und, Herr Oberbürgermeister, dieser Untertanengeist, damit erreicht man, ehrlich gesagt, gegen Wüst und Konsorten überhaupt nichts. Ich lasse Ihnen das Buch gleich mal da. Vielleicht fördert die Lektüre ja die Erkenntnis, was den Umgang mit den Scharrenbachs und Wüsts dieser Welt so betrifft. Man muss diesen Leuten endlich den Gehorsam verweigern.

Lassen Sie mich noch ein paar Randaspekte der Haushaltsberatungen streifen.

Ich finde es ziemlich bemerkenswert, ehrlich gesagt, dass hier alle, und da hat der Kollege Buschfeld irgendwie leider Unrecht, alle Bereiche bluten sollen bis auf einen. Und das ist erstaunlicherweise der Verwaltungsvorstand. Da gibt's nämlich keinerlei Bereitschaft, z.B. auf das 5. Dezernat zu verzichten. Wohlgemerkt, bis vor 2 Jahren hatten wir gar keins. Ne? Das war also offensichtlich drin, für eine ¼ Million Euro im Jahr sowas einzuführen und gibt offenbar auch gar keinen Anlass, sich davon zu trennen. Und, Kollege Buschfeld, das ist dann sparen nicht bei den Bürgern, sondern nur im Verwaltungsapparat? Ich glaube nicht.

Und auch eine Bereitschaft, wir haben das ja vorgeschlagen, dass es einen freiwilligen Solidarbeitrag der Chefetage, also des Verwaltungsvorstandes und auch der Vorstehenden der städtischen Töchter zu Gunsten des notleidenden Stadthaushaltes geben muss, sagen wir mal, ist ja von den großen beiden Fraktionen auch nicht befürwortet worden, erstaunlicherweise. So viel zum Thema „Wir sparen nur nach innen in der Verwaltung und nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern“. Ich meine, es ist zwar keine Kohle mehr für die Indianer da, aber für die Häuptlinge reicht es offenbar noch.

Und, Herr Tischler, dass es unter 117.000 Bottroperinnen und Bottroper, die irgendwie alle gleich sind und die für das Finanzdesaster bluten sollen, im Verwaltungsvorstand V etwas Gleicheres gibt, ist ein bemerkenswertes aber, ehrlich gesagt, für unser aller Ansehen, nicht besonders günstiges Ergebnis.

Der 2. Aspekt ist die bemerkenswerte Debattenverweigerung von SPD und CDU. Das haben wir ja heute erlebt. Da beschweren sich die beiden großen Fraktionen, es hätten ja Leute tatsächlich Anträge gestellt. Ja, meine Fresse, was für eine Unverschämtheit. Herr Kollege Buschfeld, ich weiß

gar nicht, wir können auch einfach aufhören, hier Politik zu diskutieren. Warum macht man hier nicht eine radikale Sparmaßnahme und schafft den Rat ab. Das spart dann enorm ein. Und wenn es eh nichts mehr zu entscheiden gibt, dann müssten wir hier auch nicht so tun, als gäbe es etwas zu entscheiden. Ich meine, die Logik Ihrer Worte führt doch in die Entdemokratisierung. Das ist doch wirklich absurd. Und ich habe ja wahrgenommen, dass Sie auch die Methode Schmidt ausfindig gemacht haben. Also, das hat mich ja beeindruckt, das muss ich sagen. Sie haben ja gesagt: Ja, die Methode Schmidt ... Da würde Kritik an der politischen Linie der Stadtspitze in kontroversen Fragen mit handelnden Personen verknüpft, um deren Handeln zu kritisieren. – Doch, genau das hast Du gesagt. – So, und das Schöne ist, dass Du dabei das Prinzip politischer Debatte ganz gut verstanden hast. Da beglückwünsche ich Dich auch zu. Denn die politischen Entscheidungen, die hier getroffen werden, die trifft ja nun nicht der Herrgott. Und wir haben die auch nicht an den Heiligen Stuhl delegiert und auch nicht an irgendeine künstliche Intelligenz. Sondern, da gibt's immer noch Funktionsträger, die die Entscheidungen treffen. Und, ehrlich gesagt, die müssen sich die dann auch aufs Brot schmieren lassen. Und zu sagen, dass sei

irgendwie „bäh“, wenn man konkret sagt, ich finde die Entscheidung von Funktionsträger A oder Funktionsträgerin B falsch, dass sei irgendwie anrühlich, das finde ich, ehrlich gesagt, befremdlich. Immerhin, Du hast ja jetzt nicht noch gesagt, Du würdest dich schämen, mit mir in einem Raum zu sein. Ich meine, das war ja ein Highlight, was sich Kollegin Bunse gegenüber meinem Genossen Hermens im Schulausschuss herausgenommen hat. Ich frage mich ehrlich, Frau Bunse, so eine persönliche Herabsetzung, was das soll. Der Kollege hat beantragt im Schulausschuss, die Abschaffung des Dezernats V und die Verwendung der Mittel konkret für die Arbeit mit den betroffenen Menschen. Und darauf ... Das kann man ja falsch finden, kann man auch sagen, ich finde, das Dezernat V ist total wichtig, weil es bringt a, b, c. So, aber zu sagen, man würde sich schämen, mit einer Person in einem Raum zu sein, weil der einen Antrag gestellt hat, der die Umgestaltung des Verwaltungsvorstands angeht und eine Person so herabzusetzen, das finde ich, sagen wir mal, nicht in Ordnung. Kurz und gut. Wer unsoziale Entscheidungen trifft, wie die Mehrheitsfraktionen das ja offensichtlich vorhaben, muss sich der Kritik stellen. Und das ist ein Prinzip, was Ihr mal berücksichtigen solltet

vielleicht. Und vielleicht sogar mal eine Debatte führen und nicht systematisch Debatte verweigern, wie Ihr das gemacht habt in den Haushaltsberatungen und im Zweifel die Tischplatte auswendig lernen. Das war nämlich die Praxis der Großkoalitionäre.

In diesem Sinne rufe ich Ihnen zu:
Übernehmen Sie endlich Verantwortung!
Stimmen Sie mit „Nein“.

Vielen Dank!